

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Flensburg

**Familienpolitik:
Union raben-
schwarz, SPD
könnte glänzen**

3



Eisenach



Tuttingen

**Frankreich:
Le Pen in der
Stichwahl**

7



**Oberbürger-
meisterwahlen
in Freiburg voll
Überraschungen**

12



Göppingen

**Migration und
Gesundheit**

15

**Deutsche Kriegs-
verbrechen
in Italien**

19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 . Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

UNTERSÜTZUNG FÜR KURDEN.

Mit einem offenen Brief appellieren zahlreiche deutsche Abgeordnete (aus dem Bundestag einige von der PDS und von den Grünen; aus dem Berliner Abgeordnetenhaus neben PDS und Grünen auch einige von der SPD) und Persönlichkeiten, darunter auch der Schriftsteller Günter Grass, an den türkischen Ministerpräsidenten, Bülent Ecevit, die notwendigen Verordnungen bzw. gesetzlichen Veränderungen zur Ermöglichung der muttersprachlichen Bildung in Kurdisch zu erlassen. Vorausgegangen waren diesem Offenen Brief die Anträge von kurdischen StudentInnen, SchülerInnen und Eltern Ende November 2001 mit der Forderung nach der Einführung von Kurdisch als ein freiwilliges Wahlfach an den Universitäten und Schulen. Im Rahmen dieser Kampagne haben bislang mehrere Zehntausend Studierende offiziell diesen Antrag gestellt. Dieses in der Verfassung verankerte Recht auf Antragstellung wurde aber von staatlichen Behörden mit Ablehnung der Anträge, Festnahmen und Verhaftungen der AntragstellerInnen, Suspendierung von der (Hoch-)Schule und Folter beantwortet. (KIZ)

STRAFRECHTSVERSCHÄRFUNG (I).

Der § 129, Terroristenbekämpfung wird wieder länger. Jetzt kommt ein § 129 b, der die Verfolgung von Tätigkeiten für sogenannte terroristische Organisationen im Ausland ermöglichen soll, so ein Kabinettsbeschluss vom 19. April. Die Grünen erklären, sie hätten zustimmen können, weil Freiheitsbewegungen ausdrücklich ausgenommen seien, ein konkretes Werben oder Handeln stattfinden müsse (nicht bloße Zugehörigkeit oder Befürwortung von Zielen); außerdem müsse der Justizminister zu Ermittlungen ermächtigen. Wie die Grünen so was als rechtsstaatlich bezeichnen können ist rätselhaft: Verfolgung je nach außenpolitischer Opportunität und bestimmt durch die Exekutive.

STRAFRECHTSVERSCHÄRFUNG (II)

Die Experten lehnen den Gesetzesentwurf zu Einführung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung (14/8586) überwiegend ab. Der Entwurf des Bundesrates sieht eine Verschärfung des Strafrechts für Sexualtäter vor (wir berichteten). Zunächst die Kritiker von rechts: Klaus Weber, Präsident des Landgerichts Traunstein, monierte, der Entwurf erfasse nicht die Gewalttäter, bei denen sich erst während ihrer Haft zeige, dass es hochgefährliche Täter seien. Weiter kritisierte er, dass der Entwurf erst in 10 Jahren greife. Heinz-Bernd Wabnitz, leitender Oberstaatsanwalt in Hof hält eine Sicherungsverwahrung nur für sinnvoll, wenn sie auch nachträglich angeordnet werden könne, da das Gefahrenpotential eines Gewalttäters häufig erst während seiner Haftzeit zu erkennen sei. Daher befürwortete er die Gesetzesinitiative der CDU/CSU, wonach die nachträgliche

Sicherungsverwahrung während des Vollzugs der Haft auch ohne Vorbehalt angeordnet werden kann.

Hellmuth Pollähne vom Bremer Institut für Kriminalpolitik lehnte den Gesetzesentwurf aus verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Gründen ab. Die verfassungsrechtlich begründete Unschuldsvermutung in „dubio pro reo“ werde unterlaufen, wenn künftig „im Zweifel“ der Vorbehalt einer Sicherungsverwahrung angeordnet werde. Das komme einer nachträglichen Anordnung gleich, da über ihre Vollstreckung erst sechs Monate vor dem Beschluss über die Haftentlassung entschieden werde, so Pollähne weiter. Seiner Ansicht nach hat die Sicherungsverwahrung zudem erhebliche Nebenwirkungen auf den Strafvollzug, da die Betroffenen von Freigang, Außenbeschäftigung und Ausgang ausgeschlossen werden. „Gravierende verfassungsrechtliche Bedenken“ gegen die nachträgliche Anordnung einer Sicherungsverwahrung äußerte auch Jörg Kinzig vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg. So könne das Gesetzesvorhaben gegen das Rückverbot sowie das Verbot der Doppelbestrafung verstoßen. Als äußerst fragwürdig stufte ebenfalls Professor Rudolf Egg von der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden eine Gefährlichkeitsprognose ein, die zu einer deutlich ungünstigeren Bewertung des Straftäters kommt und damit für eine nachträgliche Sicherungsverwahrung ausreichend wäre. (hib)

SCHLESIER UND NAZIS:

Die Beteiligung rechtsextremistischer Gruppierungen an Veranstaltungen der Landsmannschaft Schlesien in den letzten Jahren hat die Bundesregierung in der Antwort (14/8604) auf eine Kleine Anfrage der PDS (14/8439) bestätigt. Danach sind von der rechtsextremistischen Wochenzeitung „Der Schlesier“ Stände im Rahmen von Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien aufgestellt worden, zuletzt auf dem Deutschlandtreffen vom 14./15. Juli 2001. Auch weitere Vorfälle werden in der Antwort der Bundesregierung berichtet. Zur Förderung der Landsmannschaft Schlesien heißt es, das Deutschlandtreffen von 1999 sei letztmalig mit insgesamt 209000 Euro unterstützt worden. Für andere Veranstaltungen der Landsmannschaft habe diese als Zuwendungsempfänger des Bundes rund 1,4 Millionen Euro an Bundesmitteln erhalten. Nach bisherigen Erkenntnissen stehe der Ort des nächsten Deutschlandtreffens der Landsmannschaft für das Jahr 2003 noch nicht fest. Ein Antrag auf finanzielle Förderung sei nicht gestellt worden. Zur Frage der PDS, ob nach den Beschimpfungen des Bundesinnenministers auf dem Deutschlandtreffen 2001 erneut ein Gastredner der Regierung auftreten werde, wird dargelegt, Voraussetzung für eine Gastrede sei eine Einladung, diese liege jedoch nicht vor. (hib)

Union rabenschwarz, SPD könnte glänzen

Die SPD hat vielleicht ein Wahlkampfthema, mit dem sie die Unionsparteien ins Schwitzen bringen könnte, obwohl es nach dem Wahlausgang in Sachsen-Anhalt so scheint, dass sie statt auf Auseinandersetzung um Reformthemen doch mehr auf ein inhaltsleeres „unserer Gerhard ist besser“ setzen will. Das Thema gehört eigentlich zu den klassischen Unionsthemen, die Familienpolitik; aber die Union hat da seit einiger Zeit ein Pro-

blem: Ihr klassisch patriarchalischer Ansatz bietet immer weniger Menschen eine tatsächliche Realität. Auch in konservativ geprägten Lebenszusammenhängen sind Scheidungen schon längst kein Skandal mehr, leben viele als Alleinerziehende, wollen Frauen ihre Berufslaufbahn wegen Kindern nicht unterbrechen müssen.

Tatsächlich könnte die SPD die Union hier auf dem falschen Fuß erwischen, wie

die Bundestagsdebatte am 18. April deutlich machte. Erstmals gab ein Bundeskanzler eine Regierungserklärung zur Familienpolitik ab und Schröder hatte mehr zu bieten als bloß heiße Luft und warme Worte (die natürlich in jeder Menge auch).

Schröder begann grundsätzlich: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Familie – so heißt es in Art. 6 unseres Grundgesetzes – steht unter dem besonderen Schutz des Staates. Wohlgemerkt: Im Grundgesetz heißt es nicht, dass etwa der Staat den Menschen vorzuschreiben habe, wie sie zu leben hätten.“ Der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien, Friedrich Merz konterte sofort: Schröder habe vergessen, dass es im Grundgesetz heiße „Ehe und Familie“ – und offenbarte damit den autoritären Grundzug der konservativen Familienpolitik, Leitbilder der Lebensführung den Menschen aufzuherrschen.

Auch in den praktischen Vorschlägen sieht die Union im Vergleich zur Bundesregierung alt aus. Schröder kündigte an, dass die Bundesregierung eine Verbesserung bei der Kinderbetreuung, vor allem der Ganztagesbetreuung, anschieben wolle. Da die Zuständigkeit hierfür nicht beim Bund liegt, wolle eine SPD-Bundesregierung in den nächsten vier Jahren jährlich eine Milliarde DM den Ländern



Paritätischer Wohlfahrtsverband mahnt konkrete Schritte an

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder als bemerkenswerten Schritt gewürdigt, mit der er die Familienförderung zur Chefsache erklärt. „Nun kommt es darauf an, dass den Absichtserklärungen des Regierungschefs Taten und Korrekturen folgen“, betont Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht.

So sei es unverständlich, dass mit dem Anfang des Jahres in Kraft getretenen Zweiten Familienförderungsgesetz erneut Benachteiligungen geschaffen wurden – und zwar von Alleinerziehenden, Familien mit mehreren Kindern und Sozialhilfe-Beziehenden.

Der Wegfall des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende wird durch die Neuregelungen des Familienlastenausgleichs nicht ausreichend kompensiert. Die Kindergeld-Erhöhung hat die Bundesregierung nur auf das erste und zweite Kind begrenzt. Mit dem Kindergeldbetrag in Höhe von 154 Euro bleibt sie zudem weit hinter den Erfordernis-

sen zurück.

Stolterfoht: „Nach wie vor sind dem Staat die Kinder der Reichen mehr wert als die der weniger Wohlhabenden. Die Ungleichbehandlung von Spitzenverdienern und mittleren sowie unteren Einkommensgruppen über die Freibetragsregelung verschärft die im Armutsbericht aufgezeigte Scherenentwicklung zwischen Arm und Reich.“ Um ihr entgegenzuwirken fordert der Paritätische ein Kindergeld in Höhe von 235 Euro. Dies entspricht der steuerlichen Entlastung eines Spitzenverdieners mit Kind im Jahr 2002.

Rund 1,1 Millionen Kinder, die von Sozialhilfe leben, sind zudem bei der Kindergelderhöhung nicht berücksichtigt worden. Von Mitte nächsten Jahres an wird das Kindergeld komplett mit der Sozialhilfe verrechnet. Bereits jetzt bleibt Familien, die Sozialhilfe beziehen, nur ein kleiner Anteil des Kindergeldes in Höhe von 10,25 Euro beim ersten Kind und 20,50 Euro bei zwei und mehr Kindern.

Deswegen fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband eine Kindergrundsicherung. Sie soll gewährleisten, dass keine Familie lediglich wegen ihrer Kinder und eines immer noch unzureichenden

Familienlastenausgleichs auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Die Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld wurden zwar erhöht, nicht aber das Erziehungsgeld, das bei 307 Euro eingefroren wurde. „Auch hier bleibt die Bundesregierung weit hinter dem selbst gesteckten Ziel der Armutsbekämpfung zurück“, betont Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht.

Schröder mache sich zwar verbal für den Ausbau der Kinderbetreuung stark, bleibe aber vage in der Frage, wie dies konkret in der Praxis umgesetzt werden soll, kritisiert Stolterfoht. „Es ist positiv, dass die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren im Rahmen ihres Zukunftsprogramms Bildung und Betreuung jährlich jeweils eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen will. Damit muss jedoch dringend ein Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung für Kinder unter drei und über sechs Jahren verknüpft werden.“

Stolterfoht begrüßt Schröders Ziel, die Arbeitswelt frauenfreundlicher und familiengerechter zu gestalten und dies zum Schwerpunkt im Bündnis für Arbeit zu machen. Das sei nach dem Scheitern des Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft dringend erforderlich.

und Kommunen für diesen Zweck zu Verfügung stellen. Inzwischen hat die SPD auch noch nachgeschoben, dass sie im Falle eines Wahlsieges eine Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro im Monat planen (derzeit 154 Euro), was in etwa der höchstmöglichen Steuerersparnis durch den Kinderfreibetrag entspreche.

Die Union hat bezüglich der Kinderbetreuung nichts Vergleichbares anzubieten, sie propagierte stattdessen das sogenannte Familiengeld von monatlich 600 Euro für jedes Kind (während der ersten drei Lebensjahre, dann 300 Euro bis zur Volljährigkeit, 150 Euro während der Ausbildung). Zu Recht wurde in der Diskussion von Abgeordneten der Grünen, der SPD und auch von der FDP darauf hingewiesen, dass dieses Familiengeld nichts als eine Art Mutterschaftsprämie ist, die die Frauen bewegen soll, für die Erziehung der Kinder wenigsten während der ersten drei Lebensjahre die Erwerbstätigkeit aufzugeben – was von vielen Frauen nicht gewünscht wird.

Auch der Vorschlag zur Finanzierung,



Der eine lacht, der andere weint ...

den Merz machte, ist äußerst reaktionär. Die 20 Milliarden Euro, die das Familiengeld jährlich kosten soll (die SPD meinte, es wären eher 30 Mrd.), will Merz aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ziehen (für beides – Arbeitslosenhilfe: ca. 13,5 Mrd., Hilfe zum Lebensunterhalt: ca. 9,5 Mrd. – zusammen werden derzeit rd. 23 Mrd. Euro jährlich ausgegeben): Faktisch wäre das also eine Abschaffung!

Damit aber unsere Leserinnen und Leser nicht meinen, wir machen Wahlwerbung für die SPD, sei darauf hingewiesen, dass deren Vorschläge nur deshalb so glänzen, weil die der Union so rabenschwarz sind. Mehr Ganztagesbetreuung ist sicher gut, aber wie soll das aussehen? Hort, Ganztagschule – was geschieht dann mit dem Lehrerberuf? Sicher ist es gut, dass nicht die politischen Parteien die Konzepte hierfür entwickeln, sondern der gesellschaftliche Diskurs. Aber diese Diskussion findet seit längerem statt, hat Ergebnisse und so langsam geht's nicht mehr nur um Grundsätze, sondern harte politische Maßnahmen, die auch Geld kosten und da wäre von der SPD eigentlich mehr zu verlangen als Duftmarken von Modernität und ein paar magere Euros. *alk*

Dokumentiert: aus der Bundestagsdebatte am 18.4.2002

Merz will Arbeitslosengeld und Sozialhilfe abschaffen

Meine Damen und Herren, wir schlagen deshalb vor, den Familienleistungsausgleich so zu ändern, dass in Deutschland sehr bald kein Kind mehr auf Sozialhilfe angewiesen ist. Sie kennen unsere Vorschläge. Wir wollen ein einheitliches Familiengeld von 600 pro Kind und Monat für die ersten drei Lebensjahre, von 300 bis zur Volljährigkeit und danach während der Zeit der Ausbildung von 150 pro Monat. Wir wissen, dass dies eine enorme finanzpolitische Kraftanstrengung erfordert. Wir wissen, dass dies rund 20 Milliarden zusätzlich für die Familien in Deutschland bedeutet. Aber ich will Ihnen in aller Klarheit sagen, dass wir mit diesem Vorschlag nicht aus der Opposition heraus in einen unbezahlbaren Überbietungswettbewerb mit Ihnen eintreten, sondern auch klar dazu sagen: Dieses Geld, diese zusätzlichen Leistungen müssen an anderer Stelle eingespart werden. Ich füge ausdrücklich hinzu, dass dies nur geht, wenn die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengelegt werden, wenn wir einen Teil der hohen Bewirtschaftungskosten für die Arbeitslosigkeit in Deutschland reduzieren und die dadurch frei werdenden Mittel zugunsten der Familien mit Kindern einsetzen.

Merz will die Ehe als Lebensform vorgeschrieben wissen

Wir wollen insgesamt in Deutschland ein besseres Klima für Kinder. Wir wollen, dass Frauen ihre gute Ausbildung besser mit dem Wunsch nach Beruf und Familie vereinbaren können als bisher. Wir wollen aber beispielsweise auch, dass sich Männer der Familienarbeit und ihren Kindern besser und intensiver zuwenden können und dies auch wollen als bisher. Das ist unser Leitbild für eine zukunftsorientierte Familienpolitik. ... dazu gehört, dass die Erziehungskompetenz der Eltern gestärkt wird. Das geht aber nicht, wenn mit der Gemeinschaft der Eltern jede beliebige Verbindung zweier Menschen auf Zeit auf eine Stufe gestellt wird. Dann wird es beliebig und die Erziehungskompetenz der Eltern nimmt mit der Bindungsfähigkeit der Gesellschaft ab. Verantwortung wahrzunehmen, Bindungsfähigkeit zu entwickeln, Zuverlässigkeit und Verlässlichkeit zu erproben, dies alles lernen Kinder nur, wenn die Eltern ihnen dies auch – selbst in aller Unvollkommenheit – vorleben.

Merz bedient Vorurteile

Uns geht's doch gut ... Zu den Antworten gehört zunächst einmal, dass

Deutschland ein sehr wohlhabendes Land ist, in dem Kinder von engagierten Eltern verantwortungsvoll erzogen werden und gesund sowie in Frieden und Freiheit aufwachsen können. Das ist vor dem Hintergrund der Lage der Kinder in vielen anderen Ländern dieser Welt ein Befund, der nicht ganz ohne Bedeutung ist. Familien mit ihren Kindern stehen jedenfalls in Deutschland sehr viel besser da als in vielen anderen Ländern dieser Welt.

Zwischenrufe aus der rechten Ecke

Bildungsministerin Christine Bergmann: Herr Merz, was Sie vorhin gesagt haben, nämlich dass wir lieber über Ehe und Familie statt über die beliebigen Verbindungen, die es noch so gibt, reden sollten, war schon verräterisch. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – dies sage ich mit allem Ernst – zählen die Werte, die in diesem Zusammenleben vermittelt werden, wie Geborgenheit, Sicherheit und Zuversicht, sich um Kinder und auch um die alte Generation kümmern, und zwar unabhängig von der jeweiligen Familienform. (Dr. Gerd Müller [CSU]: Wie oft soll man denn den Ehepartner idealerweise wechseln: viermal, fünfmal oder zehnmal?)

(Dr. Gerd Müller [CSU]: Herr Merz hat vier Kinder! Der Schröder hat vier Frauen!)

– Unterste Schublade, ehrlich.

(Dr. Gerd Müller [CSU]: Ist aber die Wahrheit!)

Irmgard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was gut gemeint ist, ist noch lange nicht gut. Das Familiengeld der CDU in Höhe von 600 Euro – die CSU nennt es ehrlicher Familiengehalt; (Maria Eichhorn [CDU/CSU]: Wo haben Sie denn das gelesen? Welche Märchen erzählen Sie denn?) das schreibt das alte Rollenbild fest – schafft Anreize, sich zwischen Familienarbeit und Erwerbsarbeit zu entscheiden. (Maria Eichhorn [CDU/CSU]: Das sind doch Unwahrheiten!) – Da können Sie noch so viel schreien, Frau Eichhorn. Aber genau das wollen die Frauen nicht. Die Frauen wollen beides. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Ilse Falk [CDU/CSU]: Die Kinder wollen beides: Mutter und Vater!)

Wir halten das Ehegattensplitting für ungerecht, weil es die Ehe subventioniert und nicht die Familie. Ein Paar mit einem hohen Einkommen des Ehemannes und einem niedrigen der Ehefrau ohne Kinder kann einen Vorteil von bis zu 1 000 haben, während ein Paar, das unverheiratet zusammenlebt und Kinder hat, von diesem Ehegattensplitting nichts hat. (Dr. Gerd Müller [CSU]: Die brauchen doch bloß zu heiraten!)

Rechts schlägt Links

Die Wahlforschung ist sich einig, dass in Ostdeutschland die Parteibindung der Wähler schwach sei, und diese Annahme liefert eine gängige Erklärung für das anhaltinische Wahlergebnis. Diese Erklärung ist aber nicht vollständig. Denn wenn die Bindung der Wähler an die SPD auch schwach gewesen sein mag, bleibt doch über die Kraft zu reden, die diese schwache Bindung aufgebrochen hat.

Das Trio der Gewinner, der lakonische, konservativ wertbewusste CDUler, die laute marktlustige FDPlerin und der repressiv drohende Schill-Mann lieferten der Mediengesellschaft die rechten Orientierungsbilder. Zum Glück und knapp genug hat der Schill-Partei-Mensch die 5-Prozent-Marke verfehlt, hätte Schill jemanden aus dem Osten aufreiben können, wäre es wahrscheinlich anders ausgefallen. Trotzdem ist an der anhaltinischen Konstellation wichtig, dass diese genannten drei Komponenten sich aufeinander abgestimmt präsentierten, so dass ein konservativ reaktionäres Lagerbewusstsein entstehen kann, das durch eine Elite repräsentiert wird, die mit den Wählern die Biografie teilt.

Für die Zukunft bedeutsam ist auch, dass die sogenannte Schlusslichtposition Sachsen-Anhalts der kommenden Regierung optimale Chancen bietet. Jede Art von Aufholen – absolut, relativ, eingebildet – kann den Regierenden und ihrem Anhängerkreis Selbstgewissheit stiften.

Unter der Annahme einer Lagerbildung im Rechts/Links-Eigentum/Arbeit Schema sieht das Wahlergebnis Rot-Grün-Rot nur noch problematisch aus. Gerade weil die Verluste der SPD (und auch der Bündnisgrünen) so groß sind, kann man sie nicht mehr diesen beiden Parteien zuschreiben. Der Rückhalt für das gesamte Feld ökologischer und sozial orientierter Reformpolitik hat abgenommen, und zwar so stark, dass die politischen Möglichkeiten der Linksparteien sich einschneidend verändert haben.

Wir haben in dieser Zeitschrift oft kritisiert, dass die Politik der Linken, besonders der SPD und der Bündnisgrünen,

sich immer weniger argumentativ vermittelt, sondern durch Regierungshandeln, durch Setzung von Tatsachen. Diese Politikmethode fällt jetzt für die anhaltinische Landespolitik flach, nicht nur, weil PDS und SPD Opposition sind, sondern weil das Ansehen der von ihnen repräsentierten Richtung und der ganzen Vielfalt der dazu gehörenden politischen Ideen und Lösungsansätze in der Öffentlichkeit ernsthaft und nachhaltig lädiert ist. Jetzt bräuhete man kritische Argumente. Jetzt hat man sie nicht entwickelt. Typisch für diese Situation ist, dass konkrete Gründe für die Niederlage nicht zur Debatte stehen. Stattdessen zeichnet sich das Schreckgespenst eines Vernichtungskampfes der Linksparteien gegeneinander ab. Der mit dieser Wahl ebenfalls gestürzte anhaltinische SPD-Innenminister brachte es am Wahlabend lapidar über die Lippen: Zwei große Linksparteien nebeneinander könne es auf die Dauer nicht geben. – Sachsen-Anhalt ist ein kleines Land, die Bindung der Wähler an die Parteien besonders schwach, und die dortige Landtagswahl kann einen bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung des Parteiengefüges in der BRD nicht ausüben. Alles wahr, aber genauso gut bzw. schlecht ist es möglich, dass sich gerade in diesen labilen Verhältnissen eine bundesweite Tendenz abgezeichnet hat.

Die PDS, die sich ein anderes Ergebnis erwartet hatte, muss sich fragen, wieso das linke Lager die erwartete regierungsfähige Mehrheit der Wähler nicht erreicht hat. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode kam Gregor Gysi auf den unglücklichen Einfall, nun müsse man die SPD bei jeder Gelegenheit mit den Forderungen und Beschlüssen aus ihrer Oppositionszeit konfrontieren. Gysi kann dieses Spiel als Berliner Senator inzwischen mit sich selbst treiben. Die Bundestagsfraktion hat aus diesem konzeptionellen Irrweg nicht hinausgefunden. So gibt es jetzt die griffige Wahlkampfstrategie, dass für die Auseinandersetzung „mit Stoiber“ die SPD zuständig wäre, währenddessen die PDS der SPD Vorhaltungen macht.

Nach Sachsen-Anhalt muss man begreifen: Die SPD ist nicht im Stande, die rechte Sammlungsbewegung zu stoppen. Auch nicht in Gemeinschaft mit den Grünen. Diese Parteien sind durch die militarisierte Außenpolitik in der Auseinandersetzung mit der Rechten gelähmt, ebenso wie ihre Wirtschaftspolitik ohne Alternativen zur Marktwirtschaft bleibt. Die Aufgabe, linke Alternativen zur rechten Politik zu zeigen, fällt der PDS zu. Wenn die PDS stattdessen meint, sie könne im Windschatten von Rot-Grün vorwärts kommen, geht das nicht gut aus.

maf

IG Metall vor dem Streik

Die Überraschung war groß, als letzten Freitag die Tarifverhandlungen in Baden-Württemberg scheiterten. Immerhin war siebenmal verhandelt worden, hatten 250.000 Beschäftigte allein in Baden-Württemberg warngestreikt, hatten beide Tarifparteien ihre Bundesvorstände zur Bewertung eines Ergebnisses vor Ort und hatte schließlich am Vortag noch die IG Bergbau, Chemie, Energie ein Tarifiergebnis abgeschlossen, das in der Öffentlichkeit mehr oder weniger als Vorent-scheidung gehandelt wurde.

Es kam anders. Der Arbeitgeberverband Südwestmetall blieb mit seinem Angebot bis zum Schluss faktisch unter dem Chemie-Ergebnis. Er bot schließlich für März und April eine einmalige Pauschale von 190 und für die folgenden 13 Monate 3,3%. Bezogen auf den üblichen Jahreszeitraum errechnet die IG Metall daraus ein Volumen von 3,25% gegenüber den 3,6%, mit denen die IG BCE das Volumen des Chemie-Abschlusses bezieht. Die Verhandlungskommission der IG Metall hatte dagegen in verschiedenen Modellen ein Volumen von ca. 4% gefordert. Angesichts der besseren wirtschaftlichen Lage der Metallindustrie müsse der Abschluss über dem Chemie-Ergebnis liegen.

Vermutlich waren die Metallarbeitgeber zu der Einschätzung gelangt, dass die IG Metall nach dem Chemie-Abschluss nicht mehr streiken könnte, weil bei den Belegschaften der Dampf raus wäre und die IG Metall mit einem Arbeitskampf in der Öffentlichkeit isoliert dastünde. Diese Einschätzung war falsch. Die Erwartungen der Belegschaften sind hoch, ablesbar an der starken Mobilisierung zu den Warnstreiks. Die Erfahrung, dass die mäßigen Abschlüsse der vergangenen Jahre sich nicht in entsprechenden Einstellungen niedergeschlagen haben, dass befristet Eingestellte nicht dauerhaft übernommen wurden, sitzt tief. Die Sympathie für die Forderung und einen guten Abschluss reicht bis in Belegschaftsteile, bei denen man sie sonst nicht erwartet. Diese Erwartungen schränken den Spielraum der IGM-Verhandlungskommission ein. Ein Abschluss bei der Hälfte der Forderung würde diesmal vielen nicht genügen. Und andererseits kann man auch damit rechnen, dass die positive Grundstimmung für die Lohnforderungen in der Öffentlichkeit eine Belastungsprobe durch einen Arbeitskampf aushält.

Südwestmetall und Gesamtmetall hatten gewiss auch spekuliert, dass die weitgehende Vereinbarung eines neuen einheitlichen Entgelttrahmenabkommens (ERA) für Gewerbliche und Angestellte die IG Metall beim Lohnvolumen zügeln würde. Aus der vorherigen, sechsten, Verhandlungsrunde war - vorbe-

Ergebnis der Landtagswahlen 2002 / 1998

		2002	1998
CDU	%	37,3	22,0
	Stimmen	433.430	329.282
PDS	%	20,4	19,6
	Stimmen	236.394	293.475
SPD	%	20,0	35,9
	Stimmen	231.842	536.501
FDP	%	13,3	4,2
	Stimmen	154.246	63.250
Schill	%	4,5	
	Stimmen	52.538	
B90/G	%	2,0	3,2
	Stimmen	22.682	48.542

haltlich eines Gesamtergebnisses – nämlich klar: Die bisherige Vielfalt an gewerblichen Lohngruppen, kaufmännischen und technischen Gehaltsgruppen und Meistergruppen soll in ein einheitliches System von 17 gemeinsamen Entgeltgruppen umgewandelt werden.

Bis zum Jahresende 2002 soll der ERA endgültig unterschrieben sein. (Diese Frist mag sachliche Gründe haben. Wenn man allerdings sieht, wie in der Vergangenheit tarifliche Absichtserklärungen mitunter versandet sind, kann einen diese Aufschiebung nicht freuen.) In den Jahren 2003 und 2004 sollen die betrieblichen Voraussetzungen für die Einführung geschaffen werden, z.B. die einheitliche Bewertung der Arbeitsplätze. Betrieblich eingeführt werden soll der ERA im Zeitraum von Januar 2005 bis Dezember 2007 (im Einzelfall mit Zustimmung der Tarifparteien auch bis Ende 2008). Das neue Eckentgelt, also die unterste Facharbeitergruppe, soll danach 2.035 betragen, bisher waren es (in Nordwürttem-

wichtig, um nicht gerechtfertigte Unterschiede und Diskriminierungen zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen abzuschaffen. Man kann also eine Anhebung von Gewerblichen und kaufmännischen Angestellten in Richtung vergleichbarer technischer Angestellten erwarten. Allerdings gibt es auch die Befürchtung, dass un- und angelernte Beschäftigte nicht zu den Gewinnern der neuen Struktur zählen und von der Kürzung der Lohnerhöhungen um die Struk-

Magdeburg



berg/Nordbaden nach dem summarischen System in Lohngruppe 7) 1.698 . Also eine Steigerung, die besonders in Betrieben mit hohem Facharbeiteranteil wie dem Maschinenbau spürbar werden wird.

Die „systembedingten Mehrkosten“ wurden in der Vereinbarung mit 2,79% festgelegt, die „betrieblich kostenneutral“ aufgebracht werden sollen. Das soll in den kommenden Jahren in der Weise geschehen, dass ab sofort ein festzulegender Anteil der jährlichen Einkommenssteigerung als Strukturkomponente definiert wird. Diese Strukturkomponente wird im ersten Jahr ihrer Fälligkeit an alle Beschäftigten ausgezahlt und geht im nächsten und den folgenden Jahren in einen Fonds zur Finanzierung der Kosten der Angleichung. Falls diese Mittel im Einzelfall nicht ausreichen, sollen die Unternehmen befristet auch andere Leistungen zur Kompensation heranziehen können.

Das einheitliche Entgeltsystem ist

turkomponente belastet werden.

Die Metallarbeitgeberverbände drohen mit dem Scheitern oder der Verschiebung des ERA, wenn sich die IG Metall beim Lohnvolumen nicht fügt. Aber die IG Metall kann die beiden Komponenten nicht gegeneinander ausspielen lassen. Aus dem Lohnergebnis sind schließlich auch die Kosten für die Angleichung zu finanzieren.

Nun ist nicht ausgeschlossen, dass es in den verbleibenden Tagen bis zur Urabstimmung am 29./30.4. noch zu Überraschungen kommt. Auf die IG Metall wird fest eingetrommelt werden, den Streik zu vermeiden. Ob die Arbeitgeberverbände vor einem Streik noch in Richtung 4% einlenken, ist kaum abzuschätzen. Sie müssen jedenfalls davon ausgehen, dass die Urabstimmung gewonnen wird und dass sie ein Streik angesichts anziehender Konjunktur, knapper Liefertermine und enger Verflechtungen wirtschaftlich schmerzen wird. Er wird sie auch ideologisch teuer kommen, in den Worten des Südwestmetall-Verhandlungsführers Zwiebelhofer: „Er (ein Streik) zerstört, was wir über Jahre mühsam aufgebaut haben: die Kultur in unseren Firmen“. „Die Kultur“ ist nicht gefährdet, vielleicht manche hohle Unternehmensphilosophie aus den letzten Jahren. Die Kultur der Solidarität bekäme Auftrieb.

rok/ros

Auf einer Pressekonferenz am 16. April 2002 in Brüssel informierten die Europasprecher des Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK) über die Beschlüsse des 8. Parteikongresses der PKK sowie über die Gründung des KADEK. Der Kongress beschloss die Einstellung der Tätigkeit der PKK. Wir dokumentieren – aus Platzgründen sehr stark gekürzt – Auszüge aus der Abschlusserklärung des 8. Kongresses der PKK. Die vollständige Erklärung ist auf der Homepage der Informationsstelle Kurdistan zu finden (www.nadir.org/isku).

Abschlusserklärung des 8. Kongresses der PKK

Eine neue historische Entwicklung

... wurde beschlossen, mit dem 4. April alle Aktivitäten im Namen der PKK einzustellen. (...)

Im Anschluss dieses Beschlusses ging der Kongress zum Entwurf eines neuen Programmes und einer neuen Satzung über. In diesem Zusammenhang wurde ein neues Organisationsmodell beschlossen, dass auf der neuen Demokratie- und Friedenslinie basiert. (...) Konkret wurde die Gründung von Organisationen für alle Teile Kurdistans beschlossen. Des weiteren werden Organisationen in den dazugehörigen Ländern gegründet werden. Die ideologische Linie und das politische Programm dieser Organisationen werden sich an einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage orientieren. Dabei sollen Formen gefunden werden, die die spezifischen Bedingungen in den jeweiligen Ländern beachten. Des weiteren wurde es für angemessen erachtet, eine Koordinationsorganisation zu gründen, die in dieser Phase über die Umsetzung der neuen Strategie wachen soll. Diese Organisation wird zukünftig den Namen KADEK (Kongreya Azadi u Demokrasiya Kurdistan – Freiheit und Demokratie Kongress Kurdistans) führen. (...)

In der gegenwärtigen Situation ist die kurdische Frage für alle betroffenen Staaten und Gesellschaften, insbesondere für die Türkei, Hauptgrund für deren Rückständigkeit. (...) Deshalb ist die Lösung der kurdischen Frage die Voraussetzung für die Lösung ihrer gegenwärtigen Probleme. Nur auf diese Weise können sie einen demokratischen und freiheitlichen Charakter annehmen, ihre Rückständigkeit überwinden und sich weiter entwickeln bzw. an Stärke hinzugewinnen. Der KADEK strebt eine Lösung der kurdischen Frage an, ohne bestehende Staatsgrenzen in Frage zu stellen. Weiterhin strebt er eine Demokratisierung der jeweiligen Staaten an, ohne die existierenden Staaten zu zerstören. In diesem Rahmen ruft der KADEK alle betroffenen Staaten dazu auf, insbesondere die Türkische Republik, ihre anachronistische

Verleugnungs- und Vernichtungspolitik aufzugeben, die bisher eine Lösung der kurdischen Frage verhindert hat. Weiterhin fordert er dazu auf, die Rechte des kurdischen Volkes, die von internationalen Rechtsnormen gedeckt sind, anzuerkennen. Die vollständige Abschaffung der Todesstrafe, das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und medialer Betätigung in kurdisch, das Recht auf freie politische Betätigung im demokratischen Rahmen und die Möglichkeit, sich an der Machtausübung beteiligen zu können, wird den Weg für eine rechtlich-demokratische Lösung ebnen. Lösungen die auf dieser Grundlage erreicht werden, sind die Unterstützung des kurdischen Volkes sicher.

Der KADEK unterstützt alle Parteien und Organisationen in ihrem Streben, Regierungsverantwortung zu übernehmen, welche eine demokratische Lösung befürworten, ohne selbst die Macht anzustreben. In diesem Rahmen unterstützt er alle politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die nicht im Widerspruch zur Linie einer demokratischen Zivilisation stehen. Der KADEK ist der Überzeugung, dass dies der einzig richtige Weg für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und für die demokratische und freiheitliche Entwicklung der Gesellschaften ist, mit denen die Kurden gemeinsam leben. (...)

Als organisatorische Struktur nimmt sich der KADEK die demokratischen Arbeitsprinzipien zur Grundlage. So sieht er die Artikulation aller Schichten im Rahmen der Linie der demokratischen Zivilisation vor. (...) Deshalb ruft der KADEK alle dazu auf, die sich in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen von der Bewegung entfernt haben, sich dem Prozess des Neaufbaus anzuschließen. (...)

Der KADEK sieht den friedlichen Volksaufstand als Methode zur Lösung von politischen und gesellschaftlichen Problemen vor. Diese erkennt er als die einzige Aktionsform an, die einen demokratischen Wandel des Staates und der Bevölkerung als auch eine freie Entfaltung des Volkes und des Individuums herbeiführen kann. Der KADEK ist davon überzeugt, dass die Frauen und die Jugend eine exponierte Stellung im Kampf für die demokratischen Rechte der Werktätigen und Beamten einnehmen. Weiterhin ist er davon überzeugt, dass die Organisierung der Zivilgesellschaft zum Aufbau einer demokratischen Zivilisation führen wird. Daher rufen wir alle Schichten des Volkes dazu auf – insbesondere die Frauen und die Jugend – für den Sieg der gesellschaftlichen Demokratie eine breite Organisierung zu entwickeln und in allen Bereichen die demokratischen politischen Volksaufstände, als treibende Kraft für eine Lösung der Probleme zu forcieren.

Quelle: Kurdistan Informations-Zentrum



Frankreich: Die extreme Rechte knapp unter 20 %

Le Pen in der Stichwahl

Die rosa Welle ist vorbei. Kaum vier Jahre ist es her, dass 13 von 15 Ländern der EU sozialdemokratisch geführte Regierungen oder Koalitionen mit sozialistischer Beteiligung aufwiesen. Spätestens seit dem Wahlsieg von Silvio Berlusconi vor einem Jahr hat sich das Blatt europaweit gewendet. Frankreich, wo im Juni 1997 eine gemischte Linkskoalition aus Sozialisten, Grünen, Parteikommunisten und Linksnationalisten antrat, hat nun scheinbar eine stramme Rechtswende vollführt.

Am letzten Sonntag blieben, nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl, noch der bürgerliche Staatspräsident Jacques Chirac und sein rechtsextremer Herausforderer Jean-Marie Le Pen übrig. Als bestplatzierte Kandidaten, mit 19,67 Prozent bzw. 17,02 Prozent der abgegebenen Stimmen, werden sie nun in die Stichwahl vom 5. Mai gehen.

Eine Stichwahl zwischen der bürgerlichen Rechten und einer faschismu-sähnlichen extremen Rechten, das hat es in der Nachkriegsgeschichte des Landes noch nie gegeben. Zum letzten Mal waren im Jahr 1969 die Linksparteien im ersten Wahlgang eliminiert worden. Doch damals standen sich in der Stichwahl zwei behäbige Konservative, der Gaullist Georges Pompidou und der Christdemokrat Alain Poher, gegenüber. Und zwar war der sozialdemokratische Kandidat, der vormalige Innenminister Gaston Defferre, mit nur 5 Prozent der Stimmen schmachlich gescheitert. Doch im Unterschied zu heute blieb auf der etablierten Linken eine mächtige Kommunistische Partei präsent, die stolze 21,5 Prozent für ihren Kandidaten Jacques Duclos erzielt hatte. Heute dagegen gleicht gerade die französische KP einem Ruinenfeld.

Die extreme Rechte bei knapp 20 %

Bei näherem Hinsehen besteht die Haupttendenz heute nicht darin, dass die Rechte oder die Neofaschisten so sehr gewonnen hätten – das zentrale Phänomen

ist vielmehr, dass die etablierten Linksparteien die Wahl verloren haben. Keiner der 16 BewerberInnen auf das französische Präsidentenamt hat die Zwanzig-Prozent-Marke erreicht, und Jacques Chiracs Ergebnis liegt unterhalb seiner Resultate im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 1988 (mit 19,9 Prozent) und 1995 (20,8 Prozent).

Die extreme Rechte ihrerseits hat unbestreitbar hinzugewonnen, denn zu den 17,02 Prozent von Jean-Marie Le Pen muss man noch die für seinen geschassten ehemaligen Chefideologen, Bruno Mégret, abgegebenen 2,36 Prozent hinzuzählen. Damit trennt die Neofaschisten nur mehr ein halber Prozentpunkt von der Zwanzig-Prozent-Marke.

In absoluten Zahlen erhielt Jean-Marie Le Pen 1995 genau 4.570.838 Stimmen, im Jahr 2002 waren es hingegen 4.789.446 Stimmen. Sein ehemaliger Führerlehrling Bruno Mégret erhielt seinerseits exakt 664.566 Stimmen. Damit hat die extreme Rechte nicht nur von der gestiegenen Wahlenthaltung profitiert, welche die Prozentergebnisse aufbläht, sondern in absoluten Zahlen rund 800.000 Wähler hinzugewonnen.

(...) Das Votum für die rechtsextremen Kandidaten nährt sich zum Teil ebenfalls aus sozialer Unzufriedenheit und pervertiertem Protest – kombiniert diesen aber mit einem massiven Rassismus, der für einen Teil dieser Wähler bis in die Erinnerung an den Algerienkrieg zurückreicht.

Die KP-Tageszeitung L'Humanité hatte am ersten März-Wochenende eine Analyse der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft verschiedener Kandidaten veröffentlicht – Le Pen lag damals in allen Umfragen unter 10 Prozent. Zu jenem Zeitpunkt stellte die KP-Tageszeitung eine deutliche Überrepräsentation der rechtsextremen Stimmen unter der Arbeiterschaft (15 Prozent – davon 12,5 Prozent für Le Pen – gegenüber 10 oder 11 Prozent im nationalen Durchschnitt) und vor allem in der männlichen Arbeiterschaft (16,5 Prozent) fest. (...)

Der anti-maghrebinische Rassismus ist tatsächlich die Hauptgrundlage des Erfolgs von Jean-Marie Le Pen, jedenfalls gegenüber seinem Massenpublikum. Der Antisemitismus und der Glaube an eine, gegen die „natürlich gewachsenen“ Nationen gerichtete, Weltverschwörung spielen zwar bei dem Präsidenten des Front National (FN) ebenfalls eine gewisse Rolle. Sie richten sich allerdings nur an den harten Kern der Aktivisten, denen dadurch eine kohärente Ideologie angeboten wird, die über das Ein-Punkt-Programm bezüglich der Einwanderung hinausreicht. Der breiten Wählerschaft gegenüber ist die Geschäftsgrundlage der extremen Rechten eindeutig der Diskurs über die „Gefahren der Immigration“, die vor allem von den muslimischen Einwanderern ausgingen. Kombiniert wird diese Rede mit einer alle anderen Aspekte überragenden

Law-and-Order-Rhetorik.

Und dieser Punkt erklärt wohl am stärksten den derzeitigen Rückenwind für die extreme Rechte. Denn angesichts der Situation in den, sozial weitgehend destrukturierten, Banlieues (Trabantenstädten) hat das Beschwören der „Unsicherheit“ und die Dämonisierung der Immigrant*innenjugend als „kriminogener Faktor“ seit gut einem Jahr alle Medien beherrscht. Die ideologischen Folgen der Attentate des 11. September haben dieses Klima noch verschärft und ihm eine rassistische Prägung verliehen. Le Pen brauchte sich daher gar nicht mehr sonderlich anzustrengen. Tatsächlich hat er seit einem halben Jahr sehr viel Kreide geschluckt. Im Januar präsentierte er gar seine neue Masche, sich als durch die Altersweisheit gemäßigten „Mitte-Rechts-Politiker“ zu präsentieren. Die Zeit arbeitete ihm in die Hände, wie FN-Generalsekretär Carl Lang öffentlich bemerkte.

Dabei hat es Jean-Marie Le Pen, angesichts der Schockwelle des Nahost-Konflikts in Frankreich – wo zugleich die größte jüdische, und die größte arabischstämmige Bevölkerungsgruppe im jetzigen Europa leben – geschickt verstanden, sich herauszuhalten. Und zwar in einer Weise, die es ihm erlaubt, in seiner Anhängerschaft sowohl mit dem anti-arabischen Rassismus als auch mit dem Antisemitismus zu spielen. So verurteilte Le Pen die zahlreichen antijüdischen Attacken – vom Ansprechen und Schlagen von Personen bis zum Anzünden von Synagogen –, die derzeit vor allem von einer Minderheit innerhalb der arabischstämmigen Einwanderer*innenjugend begangen werden. (Zwischen dem 29. März und dem 17. April wurden insgesamt 395 gegen Juden und Jüdinnen gerichtete Straftaten registriert, sie reichen vom Graffiti-Sprühen bis zum Angriff auf Personen. Sie erreichen parallel zu der brutalen israelischen Militäroffensive gegen die palästinensische Bevölkerung einen neuen, in diesem Ausmaß noch nicht da gewesenen Höhepunkt.) Dabei rechnet er dieses Problem allerdings zum allgemeinen Problem der „Inneren Sicherheit“ dazu und benennt nicht den Judenhass als Kern. (...) Bruno Mégret hingegen verurteilte die antijüdischen Attacken eindeutig, um daraus die Forderung nach rascher Abschiebung aller „kriminellen oder illegalen“ Einwanderer vor allem muslimischer Herkunft abzuleiten und um die Ausdrücke von dummem Judenhass als Folge der „islamischen Invasion“ einzustufen. Zugleich unterstützte Mégret demonstrativ die israelische Politik, während Le Pen sich bezüglich der Konfliktparteien im Nahen Osten weitgehend bedeckt hielt. (...)

Das Hauptmerkmal der Wahl bleibt aber, dass die regierenden Linksparteien ihre großen Verlierer sind. Für die französische KP, deren Kandidat Robert Hue nur noch 3,4 Prozent erhielt, kommt das Verdikt der Wahlurnen nahezu einem To-

desurteil gleich. Denn durch das Verfehlen der Fünf-Prozent-Marke bleibt ihr das Recht auf volle Erstattung ihrer Wahlkampfkosten nunmehr vorenthalten. Noch nie seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hatte die Partei unterhalb der fünf Prozent gelegen. Sie bezahlt damit bitter die Bilanz ihrer Regierungsbeteiligung. Denn trotz ihrer Präsenz im Kabinett und gelegentlichen symbolischen Meckerns der KP-Spitze hat die Jospin-Regierung faktisch eine neoliberale Politik wie andere EU-Regierungen auch betrieben.

Die Rechnung dafür bezahlt natürlich auch der scheidende Regierungschef Lionel Jospin, der mit nur 16,1 Prozent hinter Jean-Marie Le Pen zurückfiel. Jospin hat vor allem auf seiner Linken verloren, aber auch an die Nichtwähler, die mit über 28 Prozent einen Zuwachs um über sieben Punkte erfuhren. Das eigentlich Neue an dieser Wahl ist zugleich der Durchbruch der radikalen Linken.

Die langjährige trotzkistische Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller von Lutte Ouvrière (LO, Arbeiterkampf) erhielt mit 5,8 Prozent nur ein knappes halbes Prozent mehr als beim letzten Mal. Doch neben ihr haben noch andere linksradikale Kräfte Erfolge erzielt. Die LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) war in diesem Jahr durch den jüngsten und unkonventionellsten unter den Präsidentschaftskandidaten vertreten. Olivier Besancenot, der drei Tage vor der Wahl seinen 28. Geburtstag feierte, ist im Zivilleben Postangestellter und Briefträger. Die LCR präsentierte den, der Öffentlichkeit bis dahin völlig unbekannten, Aktivisten der linksalternativen Basisgewerkschaft SUD offensiv als eine Art voice of the voiceless. Mit 4,3 Prozent erhielt auch er einen in dem Ausmaß unerwarteten ersten Erfolg. (...)

Antifaschistische Widerstände – Erste Reaktionen

Für die Linksradikalen stellt sich nunmehr die Frage des Verhaltens in der Stichwahl in einem völlig neuen Licht. Bisher hatten LO und LCR angekündigt, nicht nur Wahl Jospins gegen Chirac aufzurufen, sondern ihren WählerInnen die Entscheidung zu überlassen. Die Präsenz des Rechtsextremen Le Pen hat nunmehr die Ausgangslage verändert.

Am Wahlabend erklärte Arlette Laguiller, nunmehr den sozialen Widerstand gegen den höchstwahrscheinlichen Sieger der Stichwahl – Jacques Chirac – organisieren zu wollen. Ein Wahlauf Ruf zu dessen Gunsten komme für ihre Formation nicht in Frage. Zu Le Pen verlor sie unterdessen kein Wörtchen, was absolut beklagenswert ist. Anders war die Reaktion der LCR: Obwohl von ihrem Wahlergebnis beglückt, löste sie ihren Wahlabend noch vor 22 Uhr, um sich der Spontandemonstration gegen Le Pen anzuschließen, zu der das Antifa-Netzwerk RLF (Ras Le Front, „Schnauze voll vom Front National“) aufrief. Noch in der

Nacht demonstrierten mindestens 15.000 Menschen vom Odéon-Theater über die Place de la République bis zur Bastille. Die letzten Demonstrantengruppen lösten sich nicht vor vier Uhr früh auf (...)

Näherer Ausblick

Ein Ausgang der Stichwahl im Größenverhältnis von circa 80 zu 20 Prozent zugunsten von Jacques Chirac ist höchstwahrscheinlich – es sei denn, dass dramatische Ereignisse wie beispielsweise ein größeres Attentat in der Zwischenzeit passieren. Die Auswirkungen auf die Parlamentswahlen am 9. und 16. Juni dieses Jahres sind derzeit noch unkalkulierbar.

Bruno Mégret hat bereits in der Wahlnacht zur Unterstützung von Jean-Marie Le Pen in der Stichwahl aufgerufen und zugleich versucht, sich die Erfolge seines ehemaligen Übervaters mit an die Brust zu heften. „20 Prozent für die nationale Rechte“ seien ja ein recht gutes Ergebnis – ungefähr so, wie die Maus zum Elefanten sagt: „Hörst du, wie wir trampeln?“ (...)

Für den diesjährigen 1. Mai hat Le Pen bereits große Pläne, mit denen er sich möglicherweise überschätzt. Bereits vor dem Wahlsonntag hatte er die alljährliche Demonstration des FN an jenem Tag – für die „Nationalheilige“ Jeanne d’Arc – für einen anderen Platz als üblich angemeldet: Statt wie seit Jahren üblich vor der Pariser Oper (deren Platz überschaubar ist) will Le Pen jetzt auf der riesigen Place de la Concorde zu seinen Anhängern sprechen. Und die Demonstration soll in diesem Jahr über die Pariser Prachtallee der Champs-Élysées ziehen, anstatt – wie üblich – dem Seineufer entlang. 100.000 Personen erwarte er zu der Kundgebung, tönte Jean-Marie Le Pen bereits Wochen vor dem ersten Wahlgang.

Damit könnte er sich freilich gewaltig übernehmen: Unter 10.000 Menschen auf der Place de la Concorde könnten leicht verloren aussehen. Im vorigen Jahr kamen zwischen 3.000 und 4.000 Aktivisten zur FN-Demonstration am 1. Mai. Und ob Le Pen neben WählerInnen auch derart viele neue Aktivisten rekrutieren konnte, muss im Augenblick noch dahingestellt bleiben. Zweifel sind jedoch angebracht. Das Angesicht der 1. Mai-Demonstration könnte Einiges über die Zukunftsaussichten der extremen Rechten nicht nur in den Wahlurnen, sondern auch als organisierte, strukturierte Kraft aussagen.

Bis dahin jedoch droht mann und frau noch ordentlich zugeschallt und zuge-dröhnt zu werden: Als einem von zwei Kandidaten der Stichwahl steht Jean-Marie Le Pen nun so viel Redezeit wie noch nie in den Medien offen. Seinen letzten großen Traum dürfte Le Pen jedenfalls noch verwirklichen: Die Abrechnung im Angesicht zu Angesicht mit Jacques Chirac. Danach wird man weitersehen.

*Bernhard Schmid, Paris
(aus Platzgründen gekürzt)*



Marsch gegen den „Plan Colombia“. An der Demonstration gegen den israelischen Angriff auf die palästinensischen Autonomiebehörde nahmen Palästinenser und chassidische Rabbiner Seite an Seite teil.

20. April: 100.000 demonstrierten in Washington gegen Krieg und Kapitalismus

Rund 100.000 Menschen nahmen am 20. April an verschiedenen Demonstrationen in Washington teil, die sich am Ende zu einer einzigen großen Demonstration vereinigten. Anlass war das alljährliche Frühjahrstreffen von IWF und Weltbank. Hunderte Organisationen hatten viertägige Protestaktionen vorbereitet. Sie forderten: eine auf soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit basierte Außenpolitik statt Unterdrückung durch Militär und Großkonzerne; ein Ende der rassistischen Rasterfahndung und der auf Farbige und die Arbeiterklasse zugeschnittene Werbung fürs Militär; staatliche Mittel für die Opfer des 11.9. und der Rezession; Freilassung der rechtswidrig gefangengehaltenen Immigranten; mehr Mittel für nicht-militärische Ausbildung und Forschung; Einsicht in militärische Verträge mit Universitäten. Am 20. demonstrierten jeweils Zehntausende in großen Marschsäulen gegen den nach dem 11. September entfesselten Krieg,

gegen die Nahostpolitik der USA, gegen den Plan Colombia und die School of Americas, eine US-Militäreinrichtung, in der Diktatoren, Paramilitärs und Folterer für ihre Einsätze in Lateinamerika ausgebildet werden. Am gleichen Tag fanden auch in anderen US-Städten Großdemonstrationen statt. Allein in San Francisco demonstrierten 30.000 gegen den Besuch Sharons. scc

Generalstreik in Italien

Als vollen Erfolg werten die italienischen Gewerkschaften ihren achtstündigen Generalstreik vom 16. April. Produktionsbetriebe, Dienstleistungsunternehmen, Transport und öffentlicher Verkehr, Schulen und Hochschulen usw. waren zum Stillstand gebracht, ablesbar am Stromverbrauch des Landes, der einem Feiertag entsprach.

Die Teilnehmer des Generalstreiks blieben aber nicht einfach zu Hause, sondern nahmen in großer Zahl (die Gewerkschaften nannten 2,3 Millionen) an Kundgebungen in Regional- und Provinzhauptstädten teil (400.000 Teilneh-

mer aus der Toskana in Florenz). Zentrale Forderung gegenüber der Regierung Berlusconi war, auf die geplante Abschaffung des Verbots von „Kündigungen ohne gerechtfertigten Grund“ zu verzichten. Wie schon bei der landesweiten Kundgebung vom 23. März bildete der Aufruf der Gewerkschaften wieder den Kristallisationspunkt für viele andere oppositionelle Bewegungen mit deren Anliegen.

Als Bedingung weiterer Gespräche mit der Regierung verlangen die Gewerkschaften den Verzicht der Regierung auf das Vorhaben. Bisher macht Berlusconi dazu keine Anstalten. Unter dem Druck des Industriellenverbands Confindustria verfolgt er weiter einen harten neoliberalen Kurs, der in Thatcher-Manier in schroffer Konfrontation mit den Gewerkschaften durchgesetzt werden soll. Unter dem Einfluss der riesigen Aktionen beginnt nun auch unter den Parteien der parlamentarischen Opposition, dem Ulivo-Bündnis und Rifondazione comunista, wieder die Suche nach einer gemeinsamen Strategie.

rok



KÖLN. Gegen den Weg in eine „Zwei-Klassen-Medizin“ richtete sich die Aktion des AK „Umfairteilen“ der Kölner Attac-Gruppe am 5. April, dem Weltgesundheitstag. Mit einer „Krankenparade“ machte sie auf die Missstände im Gesundheitswesen aufmerksam und trat für eine wirkliche Reform im Interesse der PatientInnen und der in den Krankenhäusern Beschäftigten ein. Die Gewerkschaft ver.di sammelte Unterschriften. Mit ihrer „Gesundheitskampagne 2002“ fordert sie: • ein qualitativ hochwertiges und effektives Gesundheitswesen für alle, das sich am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger orientiert und Gesundheitsförderung, Behandlung, Rehabilitation und Pflege umfasst, • eine solidarische und paritätische Finanzierung, die auf die Zukunft hin weiter entwickelt und gestärkt wird, • eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen für alle, die für die Gesundheit anderer sorgen. – Auf der Tagesordnung des Rates der Stadt Köln steht die Schließung des städt. Krankenhauses Rosbach. Die PDS/Offene Liste lehnt diese entschieden ab, sie sieht darin den ersten Schritt in dem groß angelegten Plan, sich von allen städt. Kliniken zu trennen und sie an private Investoren wie die Sana Kliniken GmbH zu verkaufen. *lbk*



Bild: Herbert Sachs, Lokalberichte Köln

Demonstration gegen Bush-Besuch am Dienstag, den 21. Mai in Berlin

BERLIN. Am 17. April trafen sich in Berlin Vertreterinnen und Vertreter bundesweiter Friedensorganisationen mit den in Berlin in einem Bündnis „Achse des Friedens“ zusammengeschlossenen Initiativen und Organisationen. Ziel war die Zusammenführung der beabsichtigten Aktivitäten anlässlich des Bush-Besuchs im Mai. Zum wiederholten Mal wurde der Termin der geplanten bundesweiten Demonstration erörtert. Gewünscht wurde von einigen der 20.5. (Pfingstmontag). Nachdem die Berliner noch einmal die Situation in der Stadt während des mehrtagigen „Karnevals der Kulturen“ erläutert hatten, wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass nur der 21.5. als Termin für die bundesweite Demo/Kundgebung in Berlin in Frage kommt.

Es schloss sich eine längere Diskussion über Zusammensetzung, politische Funktion und Repräsentanz des bundesweiten „Trägerkreises“ und dessen Verhältnisses zum „Unterstützerkreis“ sowie zum Berliner Bündnis „Achse des Friedens“ an. Große Einigkeit wurde darüber erzielt, dass der Bush-Besuch für die Friedens-, Menschenrechts- und globalisierungskritische Bewegung ein geeigneter Anlass darstellt, eine große Zahl von Menschen, die mit dem herrschenden Kriegskurs der USA aber auch der Bundesregierung nicht einverstanden sind, „auf die Straße zu bringen“. Dieses Anliegen muss schon in der Breite des Bündnisses zum Ausdruck kommen. Die Unterscheidung zwischen „Trägerkreis“ und „Unterstützerkreis“ ließ sich aus diesem Grund nicht mehr aufrecht erhalten, vor allem nachdem viele Organisationen, aber auch Einzelpersonen aus dem ganzen Bundesgebiet ihre politische Unterstützung zugesagt hatten.

Im Einzelnen wurde Übereinstimmung in folgenden Punkten erzielt:

- Die Abschlusskundgebung am 21. Mai

soll um 17 Uhr beginnen, der Hauptteil gegen 18.30 Uhr zu Ende sein. • Die bundesweite Verknüpfung der Aktionen/Demos/Kundgebungen am 22.5. sollte dadurch hergestellt werden, dass überall um 18 Uhr mit (Bush-)Trommeln und anderen geeigneten Gegenständen/Instrumenten der politische Protest unüberhörbar gemacht wird.

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Türe geöffnet am Bremer Flughafen von Liba-Soli Bremen

BREMEN. Ca. 150 Leute veranstalteten am 14. April einen „Tag der offenen Tür“ am Bremer Flughafen. Die Aktion unter dem Motto „Bremer Airport – Abschiebe Tatort“ war Teil einer Kampagne gegen die Abschiebung von über 500 staatenlosen kurdischen LibanesInnen aus Bremen. Auf unterschiedliche Weise wurde auf die Beteiligung von Flughafen und Fluggesellschaften an den Abschiebungen hingewiesen. Aufgrund des starken Publikumsverkehrs und der guten Beteiligung an der Aktion blieben dem BGS und der Flughafengesellschaft am Ende nichts



anderes übrig, als die Aktion im Bereich des Ankunfts terminals gewähren zu lassen. www.libasoli.de

Aktionstage für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen

STUTTGART. Vom 14. bis 16. Mai 2002 findet in der Liederhalle Stuttgart die „Jahrestagung Kerntechnik“ des Deutschen Atomforums statt. Das Deutsche Atomforum ist nach eigenen Worten „eine private, gemeinnützige Vereinigung von Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen. Diese eint die Überzeugung, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie verantwortbar und notwendig zur Sicherstellung einer umweltfreundlichen, sicheren und zuverlässigen Energieversorgung in Deutschland und Europa ist“ (Selbstdarstellung des Deutschen Atomforums). Ganz anderer Meinung sind die AKW-Initiativen. Sie rufen bundesweit zu Aktionstagen in Stuttgart auf: **Samstag, 11. Mai 2002, 12.00 Uhr** Auftaktdemonstration am Hauptbahnhof in Stuttgart. **Dienstag, 14. Mai:** 8.00 Uhr Empfang der Atomlobby an der Liederhalle, Stuttgart, 18.00 Uhr Die-In vor der Liederhalle, 20.00 Uhr große Reclaim-the-Streets-Party bei der Liederhalle und beim Hotel Maritim. **Mittwoch, 15. Mai:** ab 13.00 Uhr Begleitung der Atomlobby bei ihrem Besuch im Atomkraftwerk Neckarwestheim, 18.00 Uhr Die-In vor der Liederhalle. **Donnerstag, 16. Mai:** 13.00 Uhr Verabschiedung der Atomlobby. Der voraussichtlich am 14./15. Mai stattfindende Atommülltransport aus dem AKW Neckarwestheim zur Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield bietet die Möglichkeit für weitere Aktionen, nicht nur in Stuttgart, sondern in Neckarwestheim selbst (30 km nördlich von Stuttgart). Die Hauptlosungen der Aktionstage lauten: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – weltweit. Regenerative Energien statt Atomstrom!

www.antiatomforum.de/aufruf

Protest gegen Bundeswehrausstellung „Unser Heer“ in Hamburg

HAMBURG. „Du hast keine Zukunft? – Komm zur Ausstellung ‘Unser Heer’!“ So warb die Armee in der U-Bahn für den Besuch ihrer Propagandashow im Hamburger Hafen vom 11.–15. April. Gezielt bemühte die Bundeswehr sich dabei um SchülerInnen und arbeitslose Jugendliche. Alle 900 Hamburger Schulen waren zu einem Besuch eingeladen worden. Sogar einen kostenlosen Bus wollte die Bundeswehr stellen. Die militärische Propaganda einer Armee im Kriegszustand blieb nicht ungestört. Etwa 150 Menschen nahmen unter dem Motto „Kein Werben fürs Sterben“ an einer Protestkundgebung am anderen Elbufer teil, zu der ein antimilitaristisches Bündnis aus Gruppen und Einzelpersonen sowie das Hamburger Forum aufgerufen hatten. Der Protest war von der Ausstellung aus nicht zu übersehen und zu überhören. Auf der Elbe kreuzte eine mit Transparenten bestückte Barkasse. Nach Auf-



Bild: indymedia

lösung der Kundgebung machten sich die Teilnehmer auf den Weg zur Ausstellung, wo es zwischenzeitlich gelang, den Panzervorführplatz zu besetzen und mit Parolen und „Die-Ins“ die Show zu stören. Die Veranstalter des Protests kündigten weitere Aktionen gegen das im Herbst geplante öffentliche Rekrutengelände auf dem Rathausmarkt an. *Lokalber. HH*

„Weimar zeigt sich – bunte Vielfalt gegen braune Einfalt“

WEIMAR. Über 3.000 Menschen haben am 20. April in Weimar gegen einen Aufmarsch von rund 250 Neonazis demonstriert. Mit einem Zug vom Bahnhof in die Innenstadt, mit Hupkonzerten und Veranstaltungen unter dem Motto „Weimar zeigt sich – bunte Vielfalt gegen braune Einfalt“ protestierten sie gegen die Wiederbelebung faschistischer Ideale in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald, wie eine Sprecherin der Stadt sagte. Die Demonstration der Rechtsextremisten war von zwei führenden Vertretern der Neonazi-Szene

angemeldet worden. Der für 13.00 Uhr geplante Aufmarsch begann mit über einstündiger Verspätung. Statt der angekündigten 1.500 bis 2.000 Teilnehmer seien 250 erschienen, hieß es. Zwei Rechtsextremisten wurden wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen festgenommen worden. Aber auch AntifaschistInnen wurden in Gewahrsam genommen, wie eine Polizeisprecherin sagte. Am Abend zuvor hatte das zuständige Oberverwaltungsgericht ein von der Stadtverwaltung erlassenes Verbot der Veranstaltung aufgehoben, das zuvor vom Verwaltungsgericht bestätigt worden war. Das Oberverwaltungsgericht machte allerdings zur Auflage, dass der Weg des Aufmarsches, der unter dem Motto „Meinungsfreiheit für Deutsche! Jetzt und überall!“ stand, nördlich vom Bahnhof überwiegend durch ein Gewerbegebiet führen sollte. Die Innenstadt blieb der Gegendemonstration vorbehalten.

www.info.partisan.net

Demonstration am 25. Mai gegen das Ausländerzentralregister (AZR)

KÖLN. Für den 25. Mai rufen antifaschistische, antirassistische und BürgerInnenrechts-Gruppen zu einer zentralen Demonstration gegen das Ausländerzentralregister (AZR) in Köln auf. In ihrem Aufruf heißt es: „Das Ausländerzentralregister ist das zentrale Instrument der rassistischen Sondererfassung aller Menschen ohne deutschen Paß ... Nachdem das AZR über 40 Jahre ohne gesetzliche Grundlage sozusagen im „rechtsfreien Raum“ existierte, wurde dieser Zustand mit dem Inkrafttreten des „Gesetzes über das Ausländerzentralregister“ (AZRG) am 1. Oktober 1994 im nachhinein legalisiert ... Die neuen Sicherheitspakete ermöglichen der Polizei, dem BGS, dem Zoll, den Arbeitsämtern, den Staatsanwaltschaften und den Geheimdiensten den Zugriff auf die Datenbanken des AZR auch ohne konkreten Verdacht oder Gefahr. Die Sozialämter wurden als Übermittlungsempfänger in den Datenverbund mit einbezogen. Diesen Behörden sowie den Sozial- und Ausländerbehörden wird nun ein automatisierter Online-Zugriff ermöglicht. Des weiteren darf der Bundesnachrichtendienst selbständig den Datenbestand rastern ...

Die Demonstration gegen das AZR soll einerseits die rassistische Sonderbehandlung von MigrantInnen deutlich machen, andererseits aber auch die Vorstellung von Totalerfassung konkretisieren und den Widerstand dagegen formieren. Schaltet das Ausländerzentralregister ab!“ Demonstration am 25. Mai 2002 in Köln, Auftakt 11.00 Uhr vor dem AZR Amsterdamer Ecke Barbara Str., ab 13.00 Uhr Demonstration ab Ebertplatz in Köln, ab 16.30 Uhr Konzert mit Egotronic, uva. am Containerlager Kuntstraße (Haltestelle Kalk-Post aussteigen).

www.infoladen.net/koeln



Plakate für das Aufenthaltsrecht Wohnungsloser werden ab 16. April wieder bundesweit geklebt

BIELEFELD, BERLIN. Am Stralauer Platz, gegenüber dem Berliner Ostbahnhof, ist am Dienstagmorgen das Plakat der Wohnungslosenhilfe für das Aufenthaltsrecht Wohnungsloser erneut geklebt worden – so wie dies an über 40 Standorten bundesweit auch geschehen wird.

Im Streit um die Plakataktion der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) gegen die Vertreibung Wohnungsloser aus den Bahnhöfen hatte das Landgericht Kassel dem Antrag der BAG W auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Deutsche Eisenbahn-Reklame GmbH (DERG) statt gegeben. Die Eisenbahnreklame darf den beteiligten Werbefirmen nicht mehr untersagen, die Plakate der BAG W zu plakatieren. Die DERG habe „in sittenwidriger Weise vorsätzlich“ in die Rechte der BAG W eingegriffen. In dem Kasseler Urteil heißt es weiter, dass die DERG damit auch das Grundrecht der BAG W auf freie Meinungsäußerung nach Art. 5 Abs.1 GG verletzt habe.

Die BAG W forderte die Bahn AG erneut auf, die allgemeine Zugänglichkeit der Bahnhöfe für alle zu gewährleisten. Die Bahn müsse sich von ihrer Diskriminierung obdachloser Personen öffentlich distanzieren, so die Sprecher der BAG W, und das Verbot des „Herumlungers“ umgehend aus den Verbotstatbeständen der DB-Hausordnung streichen.

www.bag-wohnungslosenhilfe.de



Nicht nur eine Überraschung

FREIBURG. Der erste Wahlgang zu den Freiburger OB-Wahlen am 21.4. wurde zu einer Niederlage der als Favoritin ins Rennen gegangenen CDU-Kandidatin: Gudrun Heute-Bluhm, amtierende Oberbürgermeisterin im benachbarten Lörrach landete mit 32,4% hinter Dieter Salomon, Fraktionschef der Grünen im Stuttgarter Landtag (mit 36,7%). Der SPD-Kandidat Bernhard Zepter erlitt ein Fiasko: mit 16,5% nur knapp vor Michael Moos, Stadtrat der Linken Liste (14,3%).

Im zweiten Wahlgang, am 5. Mai, bei dem die einfache Mehrheit genügt, wird zwischen Salomon und Heute-Bluhm die Entscheidung fallen. Zepter hat unmittelbar nach der Wahl seinen Rückzug erklärt und zur Wahl Salomons aufgerufen. Michael Moos und die ihn tragende Initiative hat ebenfalls erklärt, nicht mehr antreten zu wollen. In dieser Erklärung heißt es u.a.:

„Durch die Kandidatur von Michael Moos haben die sozialen Schwerpunkte der Stadtpolitik im Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt und wurde ein großer Beitrag geleistet gegen die absolute Machtkonzentration (Regierungspräsident, umliegende Landratsämter, größte Gemeinderatsfraktion, zwei von vier Bürgermeistern und dann noch Oberbürgermeisterin) auf eine einzige Partei, die CDU. Das gute Ergebnis von Michael Moos wird eine Politik von unten beflügeln, die linken und alternativen Kräfte stärken und sich positiv auf das politische Leben der Stadt, den Gemeinderat und die Stadtverwaltung auswirken. Eine erneute Kandidatur von Michael Moos im 2. Wahlgang würde wenig Sinn machen. (...) Wir respektieren deshalb seine Entscheidung, im 2. Wahlgang nicht mehr anzutreten.“

Das Ergebnis war in mehrfacher Hinsicht eine Überraschung. Die smarte und verwaltungserfahrene CDU-Kandidatin, die ihre angebliche Unabhängigkeit von der Partei nicht müde wurde zu betonen, ging als klare Favoritin ins Rennen um die Nachfolge des seit 1982 amtierenden OB Böhme (SPD, zuvor Finanzstaatssekretär der Regierung Schmidt), der aus Altersgründen ausscheiden musste. Gegenkandidat Salomon, früherer Stadtrat der Grünen in Freiburg und profilierter Vertreter des rechten Flügels seiner Partei

und erbitterter Gegner der innerparteilichen pazifistischen Strömung, zielte zwar mit seinem Wahlkampftritt auf die „bürgerliche Mitte“, konnte sich aber auf dem Hintergrund des bisherigen Wählerpotentials der Grünen in der Stadt bei kommunalen Wahlen (seit 1984 um 20%) keine realistische Chance ausrechnen. Die SPD patzte. Sie konnte sich nicht auf einen ortskundigen Nachfolger einigen und präsentierte (sehr spät) mit Bernhard Zepter – einem hohen Beamten der EU in Brüssel mit jahrelanger

nen und Freiburg-unkundigen Kandidaten.

Bei dieser Konstellation, einer drohenden absoluten Vorherrschaft der CDU, einem wegen seines stramm auf der Linie der Grünen Parteispitze für die linke Opposition (und viele grüne Wähler) nicht akzeptablen Kandidaten Salomon, erklärte Michael Moos, seit zwei Jahren für die Linke Liste im Stadtrat, ein in Freiburg bekannter und angesehener Strafverteidiger und Asylrechts-Spezialist im Rahmen der neu gegründeten Wählerinitiative „die alternative – Michael Moos“ seine Gegen-Kandidatur.

Getragen war diese Initiative vor allem von der Linken Liste (seit 1984 im Gemeinderat, derzeit mit zwei Stadträten), den „Unabhängigen Frauen Freiburg“, einer links-alternativen Frauenliste, die mit einer Stadträtin zusammen mit der Linken Liste seit 1994 eine Fraktionsgemeinschaft bildet und zahlreichen Einzelpersonen, darunter Wilfried Telkämper (ehemals grünes Mitglied und Vizepräsident des Europaparlaments), Jürgen Grässlin (Rüstungs-Informations-Büro).

Angesichts des taktierenden Verhaltens der drei Parteikandidaten, die alle bemüht waren, am besten durch gar nichts aufzufallen, um potentielle Wähler „der Mitte“ zu gewinnen, konstatierten die Medien zu Beginn „Farblosigkeit“ und „Langeweile“ im Wahlkampf. Gleichwohl war das Interesse der Bürgerschaft außergewöhnlich groß: Offizielle und inoffizielle Gremien, Gruppen und Initiativen hatten die vier Kandidaten zu insgesamt 29 Podiumsdiskussionen in etwas mehr als zwei Monaten eingeladen, die allesamt bestens besucht waren,

meistens überfüllt. Insgesamt weit über 7000 Freiburger haben daran teilgenommen (zahlreiche größere und kleinere Ver-

die alternative



Freiburgs Parteien, Schwarz/Rot/Grün, wollen mit neuen Namen die Ära Böhme fortsetzen: Politik von oben nach unten, alles für den Standort! ● Doch privatisierter Reichtum und leere öffentliche Kassen schaffen keine lebenswerte Stadt. ● Gleichberechtigung aller Menschen, der Geschlechter und Nationalitäten wird es nur geben, wenn das Leben der Kommune sich von unten nach oben entfalten kann. ● Ökologische Verantwortung, Achtung vor der Kultur der anderen und Zivilcourage müssen die Basis kommunaler Politik werden.

michael moos

die alternative! WählerInnen-Initiative Michael Moos. www.michael-moos.de

Schwerpunkt-Zuständigkeit für die EG-Bananenverordnung – einen völlig unbekannten, kommunalpolitisch unerfahre-

Ergebnisse der Gemeinderats- und OB-Wahlen in Freiburg seit 1984 (in Prozent)

	GR 84	GR 89	OB 90	GR 94	OB 98	GR 99	OB 02
Wahlbeteiligung	56,2	57,6	49,9	63,7	48,6	42,8	53,0
CDU	36,2	26,8	24,3	24,8	16,5	31,1	32,4
"bürgerl. Lager"							
zus.	50,2	41,3	-	38,1	-	44,8	-
Grüne	17,5	20,0	20,3	23,1	24,0	19,7	36,7
SPD	26,8	25,6	53,3	21,8	50,2	20,8	16,5
Linke Liste + UFF	2,0	3,5	-	5,7	-	7,0	14,3

Erläuterung: GR= Gemeinderatswahl; in der Zeile „bürgerliches Lager“ sind die Stimmergebnisse von CDU, FDP (ca 5%) und Freien Wählern (ca 8%) zusammengefasst, in der letzten Zeile die Stimmen der Linken Liste und der Unabhängigen Frauen (UFF) bzw. bei den OB-Wahlen 2002 das Ergebnis von Michael Moos. Die hohe Wahlbeteiligung 1994 erklärt sich aus der am gleichen Tag durchgeführten Wahl zum Europaparlament.

anstaltungen mit einzelnen Kandidaten nicht gerechnet). Bedrängt von den Angriffen des linken Kandidaten auf die bisherige Politik Böhmes, die von den Fraktionen aller drei anderen Kandidaten im wesentlichen mitgetragen worden war, erklärte etwa die CDU-Kandidatin zukünftig (gegen die Freiburger CDU) einem weiteren Ausverkauf städtischer Wohnungen nicht mehr zustimmen zu wollen. Zepter gab Fragen zum Versuch Obdachlosigkeit in der Stadt mit Polizeimethoden zu „bekämpfen“ gleich an Moos weiter, weil er sich „da besser auskennt“ und Salomon wollte sich zukünftig für eine stärkere Kontrolle der städtischen Wirtschaftsunternehmen durch den Gemeinderat einsetzen.

Das Wahlergebnis ist heute noch nicht fundiert zu beurteilen. Soweit über die Grenzen von Freiburg hinaus von Interesse scheint aber nach einer ersten groben Analyse von Einzelergebnissen folgendes festzustehen: Der CDU ist es nicht gelungen über den Kreis ihrer eigentlichen Stammwähler hinaus zu mobilisieren. Ihr Ergebnis liegt weit hinter den Zahlen zurück, die CDU, FDP und FWV gemeinsam („bürgerliches Lager“) bei kommunalen Wahlen immer erreichen konnten, nämlich zwischen rund 40 und 50%. Ursache: ein heftiger öffentlicher Streit um die finanziellen Mittel die die CDU-Kandidatin in diesem Wahlkampf verprasst hat (mindestens bisher 190.000 €) und vor allem: ein wirtschaftsliberaler Grüner auf strammem Berliner Regierungskurs. Seine Ergebnisse vor allem in Stadtteilen, die bislang als klassische CDU-Hochburgen galten, gehen weit über das hinaus, was bislang als grünes Wählermilieu gelten konnte. Die SPD ist mit ihrem in Programm und Profil des Kandidaten erkennbaren Versuch, in einer „grünen Universitätsstadt“ in deren Potential zu wildern gescheitert: Die Wahlbeteiligung ist vor allem in den SPD-Hochburgen extrem niedrig und gleichzeitig sogar dort das CDU-Ergebnis relativ hoch. SPD-Stammwähler konnten nicht mobilisiert werden. Kann die örtliche SPD diese Scharte nicht bald ausweiten, nützt die derzeit in Freiburg vielbeschworene „2/3-Mehrheit jenseits der CDU“ herzlich wenig. Sicher hat Michael Moos von dieser Schwäche profitiert, noch mehr aber von der auch in den Einzelergebnissen erkennbaren Mobilisierung von Leuten, die ansonsten dieser Wahl ferngeblieben wären. Das lässt hoffen auf die Gemeinderatswahlen in zwei Jahren.

Ob dann der Grüne Salomon Chef der Freiburger Verwaltung sein wird, hängt wohl vor allem davon ab, ob die ihm jetzt aus dem bürgerlichen Lager zugelaufenen Wähler am Ende nicht doch noch der eigene Mut verlässt und zur schwarzen Kandidatin zurückschwenken. – (kh)

Wahlergebnisse: Amt für Statistik der Stadt Freiburg: www.freiburg.de/Wahlprogramm M. Moos: www.michael-moos.de



Großdemonstration gegen Hamburger Senat

Eindrucksvoller Auftakt für einen langen Kampf

Unter dem Motto „Der Senat soll einpacken“ demonstrierten am 16.4. trotz anhaltenden Regens rund 8.000 Menschen in Hamburg gegen die Sozialkürzungen des Schwarz-Schill-Senats und für eine solidarische Sozialpolitik. Aufgerufen hatten ver.di und die Sozialpolitische Opposition (SoPo). Eindrucksvoll waren die zahllosen selbst gemalten Transparente und Plakate, bemerkenswert auch, dass nicht nur Vertreter und Vertreterinnen betroffener Einrichtungen, sondern auch ihre Nutzerinnen und Nutzer zahlreich gekommen waren.

Unmittelbarer Anlass der Demonstration waren die anstehenden Haushaltsberatungen im Senat und die geplanten Streichungen im sozialen Bereich, die sich auf 34,7 Mio. Euro belaufen und die

zahlreichen Projekten des sozialen Hilfesystems die Luft abschnüren. Der Vertreter der SoPo wies darauf aber hin, dass es nicht nur um die nächste Umdrehung der Kürzungsschraube gehe, sondern um einen umfassenden Angriff auf die bisherigen Inhalte sozialer Hilfe. So will Senatorin Schnieper-Jastram, CDU, 50% bei den Frauen- und Mädchenprojekten im Durchschnitt sparen, weil sie nicht in ihre konservative Familienideologie passen, die interkulturellen Begegnungstätten mit einem Federstrich zusammenstreichen, weil sie Integrationspolitik für Geldverschwendung hält, denn wer jetzt immer noch kein guter Deutscher ist, der wolle wohl auch nicht. Bei der „Hamburger Arbeit“, bei der knapp 2000 ehemalige Langzeitarbeits-





lose und arbeitslose Jugendliche beschäftigt sind, wurde jetzt gemeinnützige Arbeit eingeführt, die Beschäftigten sollen ab sofort nur noch aufgestockte Sozialhilfe von 1000 Euro statt den bisherigen Tariflohn in Höhe von rund 1.250 Euro erhalten, d.h. Beschäftigungspolitik wird nur noch als Disziplinierungsinstrument geduldet. Auch gegenüber Drogenabhängigen und Obdachlosen wird der letzte Anspruch auf Integration aufgegeben, Ausgrenzung und offene Repression verschärft. Jugendliche sollen wieder in geschlossene Heime weggesperrt werden können. Der ohnehin schon geplante Gefängnisausbau wird noch einmal kräftig aufgestockt, der Strafvollzug brutalisiert – sei's durch Streichung von Theaterprojekten oder durch Beendigung des Spritzentausches oder andere Gemeinheiten.

„SoPo, ver.di und alle, die auf der Straße waren, verteidigen gemeinsam das Recht ALLER auf menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ganz gleich, mit welchen Maßnahmen und unter welcher Regierungskonstellation die sozialen Grundrechte beseitigt werden,“ erklärten die Veranstalter nach der Demonstration. Diese „war ein wichtiger Schritt in Richtung einer breiten und starken Oppositionsbewegung, gegen die neoliberale und autoritäre Ausrichtung in der Sozialpolitik.“

scc, Bilder: res



Stadtverwaltung will antifaschistische Demonstration nicht genehmigen: BARSINGHAUSEN. Gegen den am 27.04.02 geplanten Aufmarsch der rechtsextremen NPD und der Neonazi-Vereinigung „Kameradschaft Weserbergland“ in Barsinghausen organisiert sich Widerstand. So wurde von Mitgliedern des Falkenkellers Barsinghausen eine Demonstration angemeldet, um ihrerseits gegen Rassismus und Neofaschismus protestieren zu können. Seitens der Stadtverwaltung soll jedoch angekündigt worden sein, dass die antifaschistische Demonstration in Barsinghausen am gleichen Tag nicht genehmigt würde. Begründung der Verbotsverfügung: „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“. Hingegen dürfe die NPD, als sog. Erstanmelderin, ihren Aufmarsch ungehindert durchführen. Antifaschistinnen und Antifaschisten wollen dem nicht tatenlos zusehen und rufen deshalb zum Aufstand der Anständigen auf. Gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus! Am 27.04.2002 um 10.00 Uhr am Bahnhof Barsinghausen.

www.pds-hannover.de

PDS-Antrag einstimmig angenommen: KÖLN. „Die PDS Offene Liste ist für Korruptionsvorbeugung! Öffentlichkeit ist der beste Schutz vor Korruption und Bestechung“ erklärte Jörg Detjen in der Ratssitzung vom 18.4. Er begründete damit einen Antrag, der die Verwaltung auffordert zu prüfen, wie mehr Ratsentscheidungen in öffentlicher Sitzung getroffen werden können. Einstimmig beschloss dann der Rat: „Die Verwaltung wird gebeten, die Auswirkungen des neuen Informationsfreiheitsgesetzes auf die Gemeindeordnung, insbesondere auf die Frage, welche Tagesordnungspunkte weiterhin in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden müssen, darzustellen.“ Eine solche Überprüfung ist dringend erforderlich, weil bei Entscheidungen im nicht-öffentlichen Teil die Kölnerinnen und Kölner im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes auch keine städtischen Akten einsehen können.

www.pds-koeln.de/ratsgruppe

Zweckentfremdung der Schulpauschale: ESSEN. Absolut kein Verständnis hat die PDS-Ratsgruppe für den Vorschlag des Schul- und Kulturdezernenten, Dr. Scheytt, 1,1 Mio. Euro aus der Schulpauschale des Landes für Baumaßnahmen in den „Weststadthallen“ zu verwenden. „Der Vorschlag läuft auf eine eindeutige Zweckentfremdung der Mittel hinaus, die dringend für Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen in den Schulen gebraucht werden,“ so PDS-Ratsherr Hans-Joachim Stahl. Hintergrund des Vorschlages ist der gestiegene Aufwand für den Umbau der Halle, vor dem die Investoren zurück-

schrecken. Sie wollen auf ihre Rechnung in der Halle die Show „Stars in Concert“ betreiben. Gleichzeitig soll die Folkwang-Musikschule in das Gebäude umziehen. Bei dem Vorschlag, die Finanzierungslücke mit einer satten städtischen Geldspritze zu schließen, handelt es sich also um einen Vorschlag zur Wirtschafts-, bestenfalls zur Kulturförderung. Es ist schon erstaunlich, dass der Kultur- und Schuldezernent darin kein Problem sieht. Die Schulpauschale reicht nicht nur in Essen schon jetzt nicht aus. www.pds-essen-im-rat.de

Gegen Stadtflucht: BERLIN. Die Stadtflucht der Bürger ins Umland hält an. Wohnungsleerstand, eine sozial unausgewogene Bevölkerungsstruktur sowie verstärktes Verkehrsaufkommen sind nur einige der Folgen, die den Städten erheblich zu schaffen machen. Aus diesem Grund hat sich der Deutsche Städtetag für eine regional differenzierte Eigenheimzulage ausgesprochen.

Mit der so genannten Eigenheimzulage fördert der Bund den Erwerb von Häusern in ganz Deutschland mit der gleichen Summe. Da aber Grundstücke und Eigentumswohnungen in der Stadt sehr viel knapper und teurer sind als im Umland, soll nach Auffassung des Städtetages der Erwerb von Wohneigentum in der Stadt auch höher bezuschusst werden. „Infrastrukturen, wie Schulen oder Kindergärten, die in den Städten bereits vorhanden sind, müssen bei Abwanderung in den Kernstädten abgebaut oder geschlossen werden, während sie mit öffentlichen Mitteln in den Umlandgemeinden neu errichtet werden müssen. Das ist volkswirtschaftlich unsinnig.“ www.staedtetag.de

Elektronikschröck: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) kritisiert, dass das Europäische Parlament bei der Elektro- und Elektronik-Altgeräte-Richtlinie nicht die Chance ergriffen hat, die Herstellerverantwortung und das Verursacherprinzip vollständig umzusetzen. Die Richtlinie überlasse es den Mitgliedstaaten zu regeln, wer die Entsorgungskosten trägt. Dies werde in Deutschland dazu führen, dass die Hersteller von diesen Kosten freigestellt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Elektroindustrie im europäischen Wirtschaftsraum nicht zu gefährden. Nach Schätzung des DStGB wird das Einsammeln der Altgeräte zu Mehrkosten für die Städte und Gemeinden von rd. 300 Mio. Euro jährlich führen. Diese werden entsprechend dem Abgabenrecht auf die Gebühren umgelegt werden müssen. Der DStGB erwartet eine Gebührenerhöhung von rd. 4 Euro pro Einwohner/Jahr. www.dstgb.de

Zusammenstellung: ulj

Migration und Gesundheit

Nationale Herkunft sollte bei Art und Qualität medizinischer Beratung und Versorgung keine Rolle spielen. Leider trifft dies für Migrantinnen und Migranten, die Ende 2001 mit 7,32 Millionen knapp 9 % der Bevölkerung stellen, immer noch nicht zu. Was sind die Gründe dafür?

Migrantinnen und Migranten nutzen mangels genügender Informationen das (vor allem das öffentliche) Gesundheitswesen einerseits zu wenig von sich aus, während das Personal des medizinischen Bereichs andererseits in der Regel eine große Distanz zu Migrantinnen und Migranten hat. Es fehlt die Selbstverständlichkeit, mit der Menschen mit Migrationshintergrund als Patienten wahrgenommen werden.

Dies ist die Folge einer verfehlten Informations- und Gesundheitspolitik: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich – obwohl die ersten Arbeitsmigranten bereits 1955/56 nach Deutschland kamen – bis vor kurzem nicht als Einwanderungsland verstanden und es deshalb auch nicht für nötig gehalten, ihre Regeleinrichtungen, darunter auch die im Gesundheitswesen, für diese Klientel zu öffnen. Trotz inzwischen zahlreicher und verdienstvoller Initiativen und Modellversuche ist eine interkulturelle Öffnung auch heute eher die Ausnahme als die Regel.

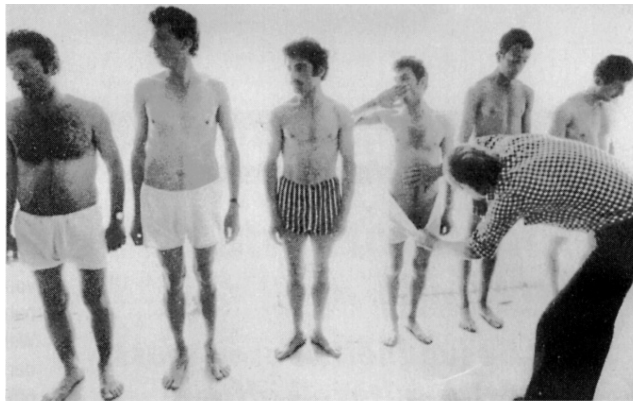
Aufgrund dieser Tatsachen gibt es immer noch und durch Neueinwanderung auch immer wieder große Probleme und Missverständnisse auf Seiten des Personals im Gesundheitsbereich wie der Migrantinnen und Migranten.

Auf Seiten des Gesundheitswesens sind dies: mangelnde Informationen über das Migrationsgeschehen und die Wandersentwicklung; monokulturelle Ausrichtung und wenig Sprachenvielfalt; der Blick auf den Bedarf ist versperrt; wenig bis kein Kontakt zur Zielgruppe; ausgeprägte „Komm-Struktur“ und wenig Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten.

Auf Seiten der Migranten gibt es Zugangsbarrieren wie: Hemmungen vor deutschen Institutionen aufgrund von Erfahrungen, Vorstellungen und negativen Bildern; Sprach- und Verständigungsprobleme; wenig In-

formationen über bestehende Angebote und Unkenntnis über die Palette von Angeboten, Diensten und Einrichtungen und Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen bei Inanspruchnahme von Leistungen (nicht nur bei Asylbewerbern und Menschen ohne Papiere).

Die Konsequenz für die Politik auf allen Ebenen sollte sein, endlich den Anspruch auf interkulturelle Öffnung der Regeldienste in die Praxis umzusetzen. Dies bedeutet neben der Erweiterung des Angebots den Aufbau von interkulturellen Teams, die Einstellung von Menschen mit bikulturellen und bilingualen Fähigkeiten, die Ausbildung von muttersprachlichem Fachpersonal auf allen Ebenen des Systems, einen erleichterten



Medizinische Untersuchung bei der Anwerbung, 1973 – Da viele Millionen Migranten in Deutschland nicht ausreichend gut deutsch sprechen, um mit der deutschen Medizin und dem komplizierten Gesundheitssystem zurechtzukommen, wäre eine dem Ausländeranteil entsprechende Zahl ausländischer Ärzte wünschenswert. Dies ist jedoch u.a. aufgrund von Zulassungsbeschränkungen nicht gegeben. Nach wie vor gibt es kein uneingeschränktes Niederlassungsrecht für Migrantinnen und Migranten als Ärzte und Psychotherapeuten. In der Bundesärzteordnung sind Zugangsbeschränkungen für nicht-deutsche Ärzte verankert. Gemäß § 3 kann Nicht-EU-Staatsangehörigen keine Approbation als Arzt erteilt werden, es sei denn, sie gelten als „heimatlose Ausländer“. Dadurch wird vor allem mit Blick auf türkische Patientinnen und Patienten eine interkulturelle Zusammensetzung der Ärzteschaft verhindert. Ausnahmen gelten für besondere Einzelfälle oder aus Gründen des öffentlichen Gesundheitsinteresses, doch kommt dies selten vor. 1998 hatte sich die Bundesregierung vorgenommen, hier Chancengleichheit herzustellen, doch hat sie dies nicht weiter verfolgt. Die Zulassung von Ärzten mit Migrationshintergrund und interkulturellen Kompetenzen (wie überhaupt die Zulassung von Eingewanderten zu den „freien Berufen“, also auch Architekten, Rechtsanwälten etc.) ebenso wie die Ausbildung und Einstellung von Erzieherinnen, Lehrerinnen und Gesundheitspersonal mit Migrationshintergrund würde einen hohen Beitrag zur Integration und zum interkulturellen Zusammenleben leisten. Im kommenden Wahlkampf sollten die Parteien und ihre Kandidatinnen darauf deutlich angesprochen werden. Informationen und Foto aus: aid – Ausländer in Deutschland (ulk)

Zugang für ausländische Mediziner, wenn notwendig, den Einsatz von qualifizierten Sprachmittlern und die Aufnahme interkultureller Inhalte in die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals. Es kann auch darüber nachgedacht werden, die Vergabe öffentlicher Mittel an die Vorgabe qualitätskontrollierter interkultureller Öffnung zu binden.

Ein erhöhter Bedarf an Beratung und Versorgung besteht insbesondere bei der ersten Generation der Arbeitsmigranten, die vor ihrer Ankunft in Deutschland genau untersucht worden waren und lange Zeit zu den gesündesten Menschen gehörten (so genannter healthy migrant effect), die aber jetzt aufgrund von schweren und ungesunden Arbeitsbedingungen bereits ab Mitte Fünfzig altersbedingte (geriatrische) Krankheitsbilder und mehrere Krankheiten gleichzeitig (Multimorbidität) aufweisen, die bei Deutschen erst sehr viel später auftreten. Hier sind auch die Einrichtungen der Altenhilfe gefordert, mit dieser neuen Klientel kultursensibel umzugehen. Bedarf besteht auch bei der Versorgung von psychisch beeinträchtigten Migranten und Migrantinnen: zwar ist vermutlich die Erkrankungsrate nicht unbedingt höher als bei Deutschen, denn Fremdheitserleben kann sowohl krank machen als auch psychische Ressourcen mobilisieren, aber die Versorgung inklusive Therapie ist häufig erschwert durch mangelnde – nicht nur sprachliche – Verständigung. Hier sind Kultursensibilität und Kenntnisse der Behandelnden über Gesundheits- und Krankheitsvorstellungen besonders wichtig. Als letzter Punkt sei hier die mögliche Gefährdung von Jugendlichen durch die Entwicklung süchtigen Verhaltens erwähnt. Nach soeben veröffentlichten Untersuchungen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund insgesamt gesehen nicht stärker gefährdet als deutsche Jugendliche, aber eine notwendige Beratung und Behandlung erfolgt bei ihnen häufig sehr viel später als bei ihren deutschen Altersgenossen. Auch sind in Deutschland derzeit nur etwa 30 Einrichtungen auf die Behandlung junger Migranten vorbereitet. Einige Schritte zur Gleichberechtigung aller Patientinnen und Patienten in Deutschland wurden unternommen, weitere müssen folgen.

Autorin: Dr. Dorothea Grieger, Referentin im Büro der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Leiterin AK Migration und öffentliche Gesundheit (aus der Zeitschrift aid, Ausländer in Deutschland, Nr. 1/02 www.iso-plan.de/aid)

Ein Global-Players in seinen Niederungen

MÜNCHEN. Bei der Gewerkschaftswerbung im Betrieb und bei Warnstreiks sehen manche Siemens-Manager rot:

Siemens Bad Neustadt: Streik nur mit Genehmigung des Vorgesetzten. In einer Mitteilung der Betriebsleitung an die Beschäftigten des Werkes Bad Neustadt / Saale vor dem Warnstreik heißt es: „Laut Arbeitsordnung dürfen Mitarbeiter den Arbeitsplatz für längere Zeit nur im Einvernehmen mit dem Vorgesetzten verlassen.“ Das heißt: Streiken nur mit Genehmigung der Chefs. Der Hinweis auf die Arbeitsordnung setzt das Streikrecht und den Kurzeinkauf während der Arbeit gleich. Manchen Managern fehlt wohl eine Grundausbildung in der deutschen Verfassung und der verbürgten bürgerlichen Rechten wie Demonstrations- und Streikrecht.

Siemens-Perlach: Gewerkschaftswerbung zu Betriebsratswahlen unterbunden. Zehntausende Beschäftigte von Siemens und der Siemens-Tochter SBS wählen in den nächsten Wochen in München und Mittelfranken ihre neuen Betriebsräte. Grund genug für die Siemens-Verantwortlichen in München-Perlach, trotz der vom Gesetz auferlegten Neutralität, aktiv Wahlkampf zu machen und gewerkschaftliche Betriebsratslisten direkt zu behindern: Wahlplakate gewerkschaftlicher Listen werden abgerissen unter durchsichtigen Vorwänden wie „wildes Plakatieren“ oder „Sachbeschädigung“. Die Behinderung von Betriebsratswahlen ist ein Straftatbestand. Die IG Metall erwägt deshalb strafrechtliche Schritte gegen die Siemens-Verantwortlichen.

Siemens ist auch Hauptsponsor der AUB, eines Vereins sogenannter unabhängiger Betriebsräte, deren Wahl Siemens direkt und indirekt fördert. Nur ein paar Beispiele: – Anfang des Jahres fanden in München Manager-Seminare zur gezielten Vorbereitung der Betriebsratswahlen statt mit Referenten u.a. von der AUB. – Der Konzern leistet sich in München und Erlangen den Luxus, Management-nahe Betriebsrats-Kandidaten mit der nötigen Distanz zu den Gewerkschaften monatlang freizustellen. Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall Bayern: „Eine derartige Diskriminierung der Gewerkschaftsarbeit ist zumindest in deutschen Großkonzernen unüblich. Das verstößt gegen die Verfassung und mitteleuropäische Umgangsformen. Aber auch in manchen modernen Siemens-Betrieben agieren Manager leider immer noch nach Gutsherrenart. Dafür war der Konzern schon in der Weimarer Republik sehr bekannt.“

Gekürzt. Weitere Infos unter: www.siemens.ig-metall.de, Wolfgang Müller, IG Metall Bayern, 0171-6524430

Antikriegsgegner kritisieren das Rüstungsgeschäft und stellen Gegenanträge

BERLIN. „Der DaimlerChrysler-Vorstand ist durch seine Beteiligung am hemmungslosen Waffenexport mitschuldig am weltweiten Morden“, klagt Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK und Sprecher des Dachverbandes der Kritischen AktionärInnen Daimler Chrysler, an. Das Unternehmen verfüge über eine beherrschende Stellung innerhalb des trinationalen Rüstungskonzerns EADS (European Aeronautic Defence And Space Company), der durch weltweite Waffenexporte Tod und Verstümmelung tausender Menschen zu verantworten habe, so Grässlin. Die EADS ist mit der Entwicklung und Produktion von Kampfbombern und -helikoptern, Trägerraketen, Militärsatelliten, Atomwaffen sowie Minen der größte europäische Rüstungskonzern, der die unrühmliche Tradition der DaimlerChrysler Aerospace (Dasa) fortsetze, ergänzt der DFG-VK Bundessprecher Wolfgang Menzel. „Anstatt endlich die notwendigen Schritte zur Abrüstung zu vollziehen und die Konversion (Umstellung auf Zivilfertigung) einzuleiten, hat Jürgen E. Schrempp angekündigt, dass ein Ausstieg des DaimlerChrysler-Konzerns aus dem Rüstungsgeschäft der EADS in keinsten Weise vorgesehen sei“, so Menzel. Daher mache sich der Aufsichtsrat der DaimlerChrysler AG mitschuldig am Geschäft mit dem Tod und dürfe von der Aktionärshauptversammlung, die in Berlin zusammenkommt, nicht entlastet werden. – In diesem Zusammenhang verweisen Jürgen Grässlin und Wolfgang Menzel auf die Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), die sich intensiv mit dem Thema Rüstungskonversion beschäftigt und den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte fordert (www.schritte-zur-abruestung.de). www.dfg-vk.de

Aus dem Alternativen Geschäftsbericht der Kritischen AktionärInnen

Schrempp hält an Waffenschmiede fest
Über die Rüstungsproduktion und -exporte, den Waffeneinsatz und die Opfer spricht man nicht gerne. Im Daimler-Geschäftsbericht 2002 wird die Entwicklung und Produktion von Kampfbombern und -helikoptern, Trägerraketen und Militärsatelliten der EADS unter der Rubrik „Übrige Aktivitäten“ abgehandelt. Das heikle Thema der Beteiligung am französischen Atomwaffenprogramm wird ebenso wenig erwähnt wie die Werbung für den Verkauf von Minen – vornehm als „Submunition“ deklariert. Dabei ist die DaimlerChrysler AG mit rund 33 Prozent größter Einzelaktionär der European

Aeronautic Defence and Space Company (EADS), und der mit gewaltigem Abstand größte Rüstungsproduzent und -exporteur Deutschlands.

Gerne schwelgt der DaimlerChrysler-Vorstand in Floskeln von Humanität und Menschenrechten. Doch schon heute plant Daimler/EADS den Export des Kampfflugzeuges Eurofighter „in nicht-europäische Staaten“. Unter der Bezeichnung „Typhoon“ steht das Kampfflugzeug längst auf der Wunschliste der südkoreanischen Luftwaffe. Was aber, wenn aus dem mittlerweile unterbrochenen Friedensprozess mit Nordkorea Krieg wird?

Die Liste dubioser Empfänger von DaimlerEADS-Waffen ist lang. Darunter befinden sich korrupte Militärs in Südafrika oder menschenrechtsverletzende Staaten, wie die Türkei, Katar und Oman.

Obwohl DaimlerEADS in Südafrika in einen unglaublichen Korruptionsskandal verwickelt ist, erhält das südafrikanische Militär beispielsweise MM40 Exocet Anti-Schiffsraketen und ist in einen Kontrakt mit Reutech Radarsystemen involviert. Obwohl das türkische Militär in den letzten beiden Jahrzehnten mehr als 5.000 unschuldige Zivilisten ermordete, ist die Türkei am Programm des Militärtransporters A400M beteiligt und hat zudem Jernas/Rapier-Luftverteidigungswaffen und Eryx Antipanzerraketen gekauft. Obwohl in Katar ein Emir ohne Verfassung herrscht, politische Parteien verhindert und demokratische Oppositionelle inhaftiert, hat das dortige Militär Exocet-, Magic- und Micas-Raketen erhalten. Und trotz der undemokratischen Verhältnisse im Land erhält der Sultan des Oman Exocet-Raketen und Jernas/Rapier Luftverteidigungssysteme der EADS. Viele weitere menschenrechtsverletzende Staaten wie Malaysia, Pakistan und Taiwan stehen auf der EADS- Kundenliste.

Der militärische Anteil der EADS soll in den kommenden Jahren sogar von 25 auf 30 Prozent gesteigert werden. Mit anderen Worten: In Zukunft werden noch mehr EADS- Waffen in alle Welt exportiert. Damit unterstützt DaimlerChrysler verstärkt undemokratische Regime und wird mit noch mehr Waffen auf den Schlachtfeldern vertreten sein. Die Daimler/EADS-Vorstände werden noch mehr Verstümmelte und Tote verantworten müssen.

Die Kritischen Aktionäre fordern Jürgen Schrempp auf:

- Leiten Sie die Umstellung (Konversion) der EADS zu einem rein zivilen Luft- und Raumfahrtunternehmen ein, das sozial und ökologisch verträgliche Produkte fertigt. Oder steigen Sie ganz einfach aus der EADS aus! J. Grässlin

Apartheid: Profite aus illegalen Rüstungsexporten

Schon seit 1964 – während der Zeit der Apartheid – ist Daimler in Südafrika vertreten. 1973 wurde Südafrikas Rassenpolitik von der UNO als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verurteilt. Vier Jahre später beschloss der UN-Sicherheitsrat mit der Stimme der Bundesrepublik Deutschland, dass Südafrika keine Waffen und militärischen Ausrüstungsgüter erhalten soll. Dennoch wurden auch nach 1977 Daimler Unimogs an Südafrika geliefert, die in Angola und Mosambik von der südafrikanischen Armee eingesetzt wurden. Damit verletzt Daimler internationales Recht.

Auf den Einsatz von Fahrzeugen durch Polizei und Militär und den Einbau von Fahrzeugteilen in Armeefahrzeuge angesprochen, argumentierte die Daimler Benz AG häufig damit, es handle sich bei Unimogs und anderen Fahrzeugen um Transporter, die auch zu zivilen Zwecken eingesetzt werden könnten. Sollten diese nach ihrem Verkauf an das Militär weitergeliefert worden sein, würde dieses ohne Wissen des Verkäufers geschehen. Die letztendliche Verwendung der Fahrzeuge können daher nicht der AG angelastet werden. Dieses Argument wurde 1988 durch Zeugenaussagen eines deutschen Mitarbeiters widerlegt, der bei einer Betriebsführung durch MBEUS Militärfahrzeuge wie Unimogs und Buffel sowie Fahrzeugteile von Militärfahrzeugen sah, die dort gewartet wurden. Nach Auskunft des Sales Managers waren viele der Fahrzeuge bei Einsätzen in Angola durch Landminen oder im Kampfgeschehen beschädigt worden ... Um die Sanktionen der UNO umgehen zu können, wurde 1978 in Südafrika mit der Unterstützung von Daimler Benz die Dieselmotorenfabrik ADE gegründet. ADE-Dieselmotoren wurden unter anderem in alle in Südafrika gebauten Militärfahrzeuge eingebaut. Diese Rüstungsgüter wurden auch von der südafrikanischen Regierung international zum Kauf angeboten.

Die fortgesetzte Unterstützung des Unrechtregimes in Südafrika während der Zeit der Apartheid durch Konzerne wie Daimler-Benz verlängerte die Leiden der Bevölkerung im gesamten Südlichen Afrika. Durch die daraus entstandenen illegitimen Schulden (Odiousdebts) werden deren Länder nun doppelt bestraft und der Wiederaufbau nach dem Ende der Apartheid schwer belastet. Gegen das Unrecht der doppelten Bestrafung setzt sich die „Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika“ ein.

Die Kritischen Aktionäre fordern Jürgen Schrempf auf:

- Zahlen Sie eine Entschädigung mindestens in Höhe der Profite, die Sie mit den illegalen Rüstungslieferungen an das südafrikanische Apartheidregime gemacht haben!

Andrea Lang
www.kritischeaktionäre.de

„Endlich Befreiung von der Gewerbesteuer“. – HB, Mittwoch, 28.3.2000. – Das Bundeskabinett hat am Mittwoch der Einrichtung einer Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen zugestimmt. „Die Kommission sollte die Chance nutzen, und Gemeinden und Wirtschaft endlich von der seit über 100 Jahren kritisierten Gewerbesteuer befreien“, so der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), M. Rogowski.

Arbeitgeber fordern Erhöhung des Rentenalters. – HB, Dienstag 2.4.2002. – Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag will das Alter für den Renteneintritt auf 67 Jahre anheben. Angesichts einer stark schrumpfenden Zahl von Erwerbslosen sei es nicht länger finanzierbar, mit durchschnittlich 60 Jahren in den Ruhestand zu gehen, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. Er schlägt vor, das Rentenalter stufenweise auf 67 Jahre zu erhöhen und die Abschläge für einen früheren Eintritt deutlich anzuheben.

Arbeitgeber unterstützen Union in ihrer Regierungskritik. – HB, Donnerstag, 4.4.2002. – Arbeitgeber-Präsident D. Hundt monierte an der Regierungsbilanz des Kanzlers, mit Ausnahme der Steuer- und Rentenreform habe sich vieles in die falsche Richtung entwickelt. Beim Arbeitslosigkeit-Abbau habe der Kanzler sein Ziel verfehlt, ebenso bei der Verringerung der Sozialausgaben. Das Wirtschaftswachstum liege Deutschland auf dem letzten Platz aller EU-Länder. Er fordert, auf ABM ganz zu verzichten, da sie reguläre Arbeitsplätze verdrängten. Ziel der Gesundheitsreform müsse eine Basisversicherung mit freiwilligen Zusatzleistungen sein.

„Dreimal unter 40“. – Handwerkspräsident D. Philipp äußert sich in einem Interview mit dem Handelsblatt wie folgt: „Die Wirtschaft hält sich an die harten Fakten. Da steht auf der Haben-seite, dass Bayern mit einem Ministerpräsidenten Stoiber eine Wirtschaftspolitik gerade für den Mittelstand gemacht hat. Ein von der CSU formuliertes politisches Ziel trifft ebenfalls den Nerv der Wirtschaft: die Forderung „Dreimal unter 40“. Das heißt: Spitzensteuersatz auf unter 40 Prozent bringen, Sozialversicherungsbeitrag auf unter 40 % bringen und die Staatsquote unter 40 % begrenzen. Das Handwerk wird Wahlprüfsteine aufstellen und die Wahlprogramme der Parteien daran messen. Wahlempfehlungen sprechen wir traditionell nicht aus. Die wird es auch in diesem Jahr nicht geben ...“

BDI: Konjunktur-Gefahr durch Nahost, US-Handelsstreit und Lohnrunden. – HB, Dienstag, 16.4.2002. – „Die konjunkturelle Lage ist äußerst bescheiden, aber die Hoffnungen nehmen zu“, so M. Rogowski (BDI). Er sieht aber noch erhebliche Risiken: Die Krise im Nahen Osten erzeuge Unsicherheit. Es drohe ferne ein Handelsstreit mit Amerika. Auch von den laufenden Lohnrunden gingen hohe Risiken aus.

Betriebe zögern mit der Ausbildung. – FAZ, Donnerstag, 18.4.2002. – „Konjunkturfalte, zunehmende Insolvenzen und andauernder Personalabbau“ lasse die Betriebe bei der Ausbildung zögern, so der DIHK. Erstmals seit Jahren sei die Zahl der neuen Ausbildungsverträge zum Stichtag 31. Mai nicht mehr gestiegen.

Industrie fordert höheren Rüstungs-etat. – In der deutschen Wehrtechnik stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Dies beklagt der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI). Der Verteidigungshaushalt sollte sofort um 2 bis 3 Mrd. Euro aufgestockt werden“, fordert R. Hertrich, BDLI-Präsident. In vielen kleinen und mittleren Betrieben schwinde die Bereitschaft, sich im zunehmend unsicheren und risikoreichen Wehrtechnik-Geschäft zu engagieren. Im transatlantischen Bereich gäbe es zwischen Amerikanern und Europäern eine Ausrüstungslücke.

Rogowski warnt Stoiber vor Steuererhöhung. – FAZ, Freitag, 19.4.2002. – Der BDI ist verärgert über die Steuerpläne der Union, die darauf zielen, nach einem Wahlsieg die Steuerlast für Kapitalgesellschaften zu erhöhen. „Solche Gedankenspiele dürfen nicht ins Wahlprogramm der Union aufgenommen werden“, fordert M. Rogowski, BDI-Präsident. Er habe Stoiber gewarnt, die jetzige Regelung, nach der Kapitalgesellschaften den Erlös aus dem Verkauf von Anteilsbesitz nicht versteuern müssen, „auch nur zur Disposition zu stellen.“ „Es ist gut, wenn die Union den steuerlich stärker belasteten Mittelstand entlasten will. Es ist falsch, wenn dafür Kapitalgesellschaften erhalten sollen.“

BAG: „Auch wir sind keine Engel“. – Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels gab als erster Handelsverband zu, dass es Preiserhöhungen im Zuge der Währungsumstellung gegeben habe. „Dass wir korrekt DM in Euro umrechnen können, wollten wir uns nicht selbst bestätigen.“

Presseauswertung: rst

Landesversammlung der PDS Hamburg wählt neuen Vorstand.

Der Landesverband Hamburg der Partei des Demokratischen Sozialismus führte am vergangenen Wochenende, am 20.-21. April 2002, seine Landesversammlung durch. Die in den Räumen des „WIR“-Zentrums stattfindende Landesversammlung wählte einen neuen geschäftsführenden Arbeitsausschuss, bestehend aus drei Personen; weiterhin wurden acht Mitglieder zum erweiterten Arbeitsausschuss gewählt.

Auf der Landesversammlung, an der rund 90 Mitglieder und fast 20 SympathisantInnen der PDS teilnahmen, wurden folgende Personen für den geschäftsführenden Arbeitsausschuss mit absoluter Mehrheit gewählt: Christiane Schneider, Landessprecherin, Yavuz Fersoglu, Landessprecher, Horst Bethge, Schatzmeister. Im insgesamt elfköpfigen Arbeitsausschuss sind erstmals seit Jahren wieder mehrere Arbeitsbereiche und Strömungen der PDS Hamburg vertreten, u.a. die AG Betrieb und Gewerkschaft, die AG Bildungspolitik, die Kommunistische Plattform und die Liste Links. Die Wahlen wie der gesamte Verlauf der Landesversammlung machten deutlich, dass die Mitglieder und SympathisantInnen der PDS in ihrer überwiegenden Mehrheit nach Jahren heftiger Konflikte einen Neuanfang wünschen. Der Bundesparteitag der PDS hatte auf seiner Tagung im März 2002 einen Beschluss zum Landesverband Hamburg der PDS gefasst, in dem er die Erwartung geäußert hatte, dass die konfliktreiche, die Handlungsfähigkeit einschränkende und dem öffentlichen Ansehen der PDS abträgliche Situation des Landesverbandes überwunden werde. Entsprechend diesem Beschluss unterstützte eine Delegation des Bundesparteitags den Hamburger Landesverband bei der Vorbereitung und Durchführung der Versammlung.

Nach dem erfolgreichen Verlauf der Landesversammlung kann sich der Landesverband Hamburg mit neuer Kraft auf die politischen Aufgaben insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Schwarz-Schill-Senat und auf einen schwungvollen Bundestagswahlkampf konzentrieren.

Yavuz Fersoglu, Landessprecher

„PDS in NRW bleibt links“, so überschrieb die „taz“ ihre Berichterstattung über den Landesparteitag der nordrhein-westfälischen PDS am vorletzten Wochenende in Dortmund. Es ging vor allem um die Aufstellung der Landesliste der PDS zur Bundestagswahl, die intern heftig umstritten war und auch in den Medien im Vorfeld ihren Niederschlag fand. Gewählt wurden auf Platz 1 Ulla Lötzer (MdB) aus Köln, auf Platz 2 Ulla Jelpke (Innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion), auf Platz 3 Sebahattin Kar-

rakoc aus Bielefeld und auf Platz 4 Wolfgang Freye aus Essen. Manfred Such aus Werl, früherer Bundestagsabgeordneter der Grünen, scheiterte mit seinen Kandidaturen für Platz 2 und 3.

Ohne Stichwahl wurde keiner der vorderen Plätze besetzt. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die reale Chance besteht, dass drei Abgeordnete über die PDS-Landesliste NRW in den Bundestag gewählt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste die PDS ihr Ergebnis in NRW von 1,2 % vor vier Jahren auf knapp 2 % der Stimmen steigern.

Darüber hinaus wurde Ulla Jelpke, die seit 1990 dreimal über die Landesliste NRW in den Bundestag gewählt wurde, der erste Platz diesmal streitig gemacht. Drei Wahlperioden sind genug – diese Meinung war im Landesverband verbreitet. Dass Ulla Jelpke nach Ulla Lötzer trotzdem auf den sicheren Platz 2 gewählt wurde, hängt vor allem damit zusammen, dass ihre Arbeit in den Bereichen Antirassismus, Zwangsarbeiterentschädigung und Bürgerrechte auch außerhalb der PDS breite Anerkennung fand und findet. Dies wurde auch in mehreren Stellungnahmen an den Parteitag zum Ausdruck gebracht.

Insgesamt ist die Landesliste tatsächlich eher links besetzt. Dies gilt auch für Ulla Lötzer, die von der „taz“ zu Unrecht als „Parteirechte“ bezeichnet wird. Vor allem aber hat der Landesverband Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die aus dem Landesverband kommen bzw. in NRW Politik machen. Mit Sebahattin Karakoc wählte der Parteitag in einer Stichwahl gegen Manfred Such einen Migranten, der in den zahlreichen kurdischen Vereinen in NRW bekannt ist. Erfreulich ist, dass trotz der Aufgeregtheiten im Vorfeld die Aufstellung der Landesliste ohne ernsthafte Blessuren über die Bühne gebracht wurde. Auch Roland Claus, Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion, hielt sich in seiner Rede auf dem Parteitag aus der Diskussion um Listenplätze heraus und beschränkte sich auf den Aufruf, die Konkurrenz demokratisch auszutragen. Manfred Such, von der Presse als Wunschkandidat des Parteivorstandes gehandelt, erklärte, dass er trotz seiner Niederlage am Aufbau der PDS in NRW mitarbeiten will.

Doch auch inhaltlich ist die PDS NRW für den Wahlkampf besser gerüstet, als vor vier Jahren. Weitgehende Übereinstimmung bestand in der Diskussion darüber, dass die Positionen, die die PDS mit über 50 kommunalen Mandaten in NRW hat, auf längere Sicht für den Aufbau der PDS wichtiger sind als die Bundestagsmandate. Die Arbeit der Mandatsträger wird in vielen Orten auch im Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen. Gleichzeitig hat der Landesverband Fortschritte in der Entwicklung inhaltlicher Positionen gemacht.

wof

Zusammenstellung: jöd

Die Entschuldigung des deutschen Bundespräsidenten Rau vor den Opfern und Überlebenden des Massakers der deutschen Wehrmacht an den Einwohner des Ortes Marzabotto kann nicht über den Skandal hinweggehen, das über Jahrzehnte hin die Aufklärung solcher Kriegsverbrechen in Italien verschleppt wurden.

Ein merkwürdiger Zufall hat erst 50 Jahre nach der Besetzung Norditaliens durch deutsche Truppen, dazu geführt, dass nun eine Reihe von Prozessen wegen Kriegsverbrechen eröffnet werden konnte.

1994 entdeckte der römische Staatsanwalt Antonio Intelisano im Keller des römischen Justizpalastes Akten von über 1000 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche deutsche Kriegsverbrecher, die im Jahre 1960 auf Eis gelegt wurden. In 695 Fällen waren der oder die Täter identifiziert und eigentlich hätten die Verfahren in den 60er Jahren durchgeführt werden können – zu einer Zeit, da viele der Täter und vor allem die Zeugen ihrer Taten noch am Leben waren. Doch diese Prozesse wären bei dem NATO-Partner BRD alles andere als auf Gegenliebe gestoßen. Die Anklagen wären nicht nur gegen diverse bundesdeutsche Staatsdiener, Geheimdienstler und Polizisten, sondern auch gegen einen bedeutende Anzahl von Offizieren ergangen, die damals die Bundeswehr aufbauten.

Derzeit überprüft eine Kommission über 100 dieser Fälle, ob noch Anklage erhoben werden kann. Des weiteren sind einige internationale Haftbefehle gegen identifizierte Täter ergangen.

Im Folge des 94er-„Aktenfundes“ gab es in den letzten Jahre mindestens drei Prozesse vor italienischen Militärgerichtshöfen. Der bekannteste davon war der gegen Erich Priebke. Als „Sühnemaßnahme“ auf ein Attentat, das am 23. März 1944 eine Partisanengruppe der GAP (gruppi di azione patriottica) begangen hatte und das 30 deutsche Militärs das Leben kostete, wurden am folgenden Tag 335 Geiseln heimlich erschossen. Den Befehl zum Massenmord gab der SS-Obersturmbannführer und SD-Chef Roms, Herbert Kappler. Ausgeführt wurde er durch Priebke und seinen Männern in den Fosse Ardeatine an der Via Appia Antica. Mitte der 90er Jahre in Argentinien aufgespürt, wurde Priebke ausgewiesen und ihm 1997/98 der Prozess in Rom gemacht. Angeklagt wurde Priebke aber nur wegen fünffachen Mordes. Die Militärjustiz sieht nämlich noch heute das damalige Kriegsrecht als bindend an. Und dieses pflegten die Deutschen auch im Land ihrer Verbündeten wie folgt auszulegen: Für einen toten deutschen Militär mussten zehn Geiseln sterben.

Dass Priebke allein für den Mord an fünf Geiseln verurteilt wurde, heißt, dass die italienische Militärjustiz davon ausgeht, dass die deutsche Besatzungsmacht durchaus 330 unbeteiligte Personen zu

Deutsche Kriegsverbrechen in Italien

Recht füsilierte. Somit stellt dieser Mord an 330 Unbeteiligten und alle anderen Geislerschießungen für die Militärjustiz kein Verbrechen dar. Eine mehr als fragwürdige Interpretation von Gerechtigkeit.

Die beiden anderen Prozesse fanden an dem Turiner Militärgerichtshof statt und endeten mit jeweils einem Richterspruch auf lebenslangen Freiheitsentzug.

Das eine Verfahren betraf Theodor Saevecke, den ehemaligen GeStaPo-Chef Mailands und späteren langjährigen Mitarbeiter des CIA und des BKA. Er hatte ohne belegbaren Grund 15 Geiseln auf dem Mailänder Verkehrsknotenpunkt Piazzale Loreto am 10.8.1944 erschießen und dort einen halben Tag liegen lassen. Auch er wurde nicht für seine Razzien und Menschenjagden, seine Folterungen und über 2000 Deportationen in deutsche Konzentrationslager angeklagt. Nur die nachweisbare Übertretung des Kriegsrechts auf der Piazzale Loreto führte zu seiner Verurteilung im Juni letzten Jahres.

Ende letzten Jahres wurde auch der ehemalige SS-Hauptsturmführer und GeStaPo-Chef von Genua, Siegfried Engel, zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt. Auch er wurde nicht angeklagt und verurteilt wegen seiner Tätigkeit als GeStaPo-Chef Genuas. Er wurde juristisch belangt, weil nachgewiesen werden konnte, dass er für die besonders grausame Tötung von über 200 politischen Gefangenen verantwortlich ist.

Es ist davon auszugehen, dass die gezielte Verschleppung all dieser Prozesse in den letzten Jahrzehnten nicht maßgeblich auf den italienischen Staat zurückgehen. Diverser Schriftverkehr zwischen deutschen und italienischen Ministern und momentan stattfindende historische Untersuchungen zeigen auf, dass es vor allem die Bundesrepublik war, die auf die Nichtverfolgung der NS-Täter drängte. Das belegen auch die beeindruckenden „Ermittlungen“ der deutschen Justiz bezüglich der NS-Verbrechen.

Als Beleg hierfür sei allein die Dortmunder „Zentralstelle im Lande NRW für die Bearbeitung von nationalsozialistischer Massenverbrechen“ angeführt. Priebke, Engel und Saevecke z.B. entgingen 1971 zusammen mit einigen Hunderten anderen Verdächtigen der Strafverfolgung, als die Zentralstelle ein Verfahren wegen der Deportation und Tötung der jüdischen ItalienerInnen einstellte. Dies kann kaum jemanden verwundern an Betracht der personellen Besetzung

der Zentralstelle. Die ersten drei Leiter dieser Justizstelle, von 1961 bis 1972, sollten gegen „alte Kameraden“ ermitteln. Alle drei waren im 3. Reich NSDAP-Mitglieder und NS-Juristen gewesen. Ebenso wie acht der damals ermittelnden Staatsanwälte. Bis 1964 waltete obendrein ein „alter Kamerad“ in der Generalstaatsanwaltschaft Hamm über diese untergeordnete Dienststelle. Und für eventuelle Anwürfe gegen die Dortmunder Stelle war Ministerialdirigent Ernst Kanter zuständig, seines Zeichens ehemaliger Kriegsrichter in Dänemark, der über 100 Todesurteile gegen dänische

Widerstandskämpfer abgesegnet hatte.

In den Jahren von 1961 bis 1995 brachte es die Zentralstelle bei ihren Ermittlungen gegen 24275 Beschuldigte gerade einmal auf 158 Anklageerhebungen, also gerade einmal 0,6 Prozent. Und über den Verlauf dieser Anklageerhebungen schweigt sich bis heute das sozialdemokratische Justizministerium aus. D.h., kam es überhaupt zu einem Prozess? Und wenn, wurden Prozesse eingestellt? Wer wurde wie hoch verurteilt? Die Fakten hierzu müssen so beschämend sein, dass auch hier nur verheimlicht werden kann.

(hav)



August 1944, Appenin zwischen Toskana und Emilia. Nachdem deutsche Soldaten ein Landhaus angezündet haben, stehlen sie das Vieh. (Quelle: Ausstellungskatalog: Partigiani. Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Eine Fotoausstellung der Institute für Widerstand und Zeitgeschichte Modena, Parma, Reggio Emilia)

Das Gemetzel in der Idylle

Das Massaker von Sant' Anna

Aber noch immer gibt es Verbrechen von Soldaten der Wehrmacht, die der Aufklärung harren. Ein Beispiel sind die Ereignisse in dem kleinen Ort Sant' Anna di Stazzema.

Südlich der bekannten Marmorsteine von Massa und Carrara liegt die Gesamtgemeinde Stazzema, am Rande der Apuanischen Alpen. Sant' Anna ist ein Ortsteil mit kleineren Gehöften, etwa 600 Meter hoch gelegen. Über eine einzige Zugangsstrasse kommt man auf den Dorfplatz dieser idyllischen Gegend – und ist mitten drin in der Geschichte der deutschen Besatzung Italiens. Sant' Anna wird die Ereignisse vom 12. August 1944 nie vergessen. Von drei Richtungen kam die 16. SS-Panzergranadierdivision

frühmorgens über die Hügel in die kleine Ortschaft, aus der vierten Richtung wurde die Straße blockiert. Die deutschen Besatzer waren auf dem Rückzug vor den alliierten Truppen. Diese wurden durch lokale Partisanengruppen unterstützt. Die von den SS-Sturmbannführern Walter Reder und Anton Galler kommandierten Einheiten hinterließen ein Land der verbrannten Erde; sie trieben in einzelnen Gehöften die BewohnerInnen zusammen, schossen mit Maschinengewehren hinein, warfen Handgranaten hinterher und zündeten die Gehöfte dann an. Den Rest der auch aus der Umgebung in das Dorf Geflüchteten trieben sie in der Kirche zusammen; allein dort starben 132 Menschen, das

jüngste Mädchen Anna Pardini gerade 20 Tage alt. Nur wenige überlebten das Massaker, das in Italien erst vor einem Jahr durch den italienischen Präsidenten offiziell in Erinnerung gerufen wurde. Seit zehn Jahren ist eine mühsame Erinnerungsarbeit angelaufen, die von einem der wenigen Überlebenden, Enio Mancini, geleitet wird. Er war damals sieben Jahre alt. Das Militärgericht in La Spezia sichtet neue Akten und Zeugenaussagen.

Die ARD Sendung Kontraste brachte in der vergangenen Woche neue Enthüllungen zu den Massakern der deutschen Wehrmacht in St. Anna die Stazzema. Hier ein Auszug aus dem Kontraste Bericht:

„Hoch oben in den Bergen der Toskana, ganz in der Nähe des Marmor-Ortes Carrara, liegt das kleine Dörfchen Sant' Anna di Stazzema. In den frühen Morgenstunden des 12. August 1944 marschieren die vier Kompanien des 2. Bataillons ins Dorf. Angeblich verstecken sich hier Partisanen: Doch im Dorf sind nur alte Leute, Frauen und Kinder. 560 Menschen werden in nur vier Stunden ermordet

Bis heute, 58 Jahre danach, ist noch kein einziger Verdächtiger für diesen feigen Mord vernommen, geschweige denn angeklagt worden – weder in Italien, noch in Deutschland.

Dieser Mann möchte nicht erkannt werden. Er war als SS-Unterscharführer bei dem Einsatz in Sant' Anna dabei. Erstmals erzählt er im deutschen Fernsehen, wie der Einsatz abließ:



22. Juli 1944, Tavollicci di Verghereto (Forlì). Die hohen Flammen des Scheiterhaufens, auf dem sich der größte Teil der 64 Personen (fast alles Alte, Frauen und Kinder) befindet, die im Laufe des Massakers getötet wurden. (Quelle: Ausstellungskatalog: Partigiani. Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Eine Fotoausstellung der Institute für Widerstand und Zeitgeschichte Modena, Parma, Reggio Emilia)

„Heinz Otte“ (Deckname): „Der Einsatz war da doch gegen Partisanen: Da hat nichts noch andere Befehle gegeben, da hat's geheißt – umlegen, den ganzen Verein. Det is wie wie bei der Jagd, bei der Treibjagd. Da wurden die Menschen zusammen getrieben: auf, avanti! Die wurden vor der Kirche, die Dorfkirche, und da war ein Platz vor der Kirche, mit einem Kruzifix, das hab ich in Italien öfter gesehen, und auf diesem Platz, an dem Kruzifix, da wurden die Leute zusammen getrieben, und dann wurde geschossen und dann konnte ich nicht mehr sehen.“

Leopolda Bartolucci verlor den Vater bei dem Massaker auf dem Kirchplatz – sie überlebte, weil ihr Vater sie vorher weggeschickt hatte – er selber glaubte sich als Gehbehinderter sicher vor der SS.

Insgesamt ermordeten die SS 132 Menschen hier, darunter auch den Gemeindepfarrer. Die SS-Leute rissen die Bänke aus der Kirche, türmten sie über den Opfern auf und setzten alles mit Flammenwerfern in Brand. Leopolda Bartolucci:

„Die hatten alle getötet – auf dem

„Das sind keine Kriegsverbrechen, sondern Verbrechen zu Kriegszeiten“

Enio Mancini – Deutsche Besatzungspolitik in Italien, Informationsschrift am Beispiel von Sant' Anna di Stazzema am 12. 8. 1944 (dokumentarische Darstellung mit Fotos) und die fehlende juristische Verfolgung der Täter sowie ein Bericht eines italienischen Zwangsarbeiters in Deutschland zur Zwangsarbeit Informationen zur (Nicht-)Entschädigung

Aus dem Vorwort:

Erinnern und lernen

Italien – Toskana – Versilia – Sant' Anna – Stationen der Suche auf der Landkarte nach dem kleinen Bergdorf, ein paar Kilometer vom Meer entfernt, ca. 650 Meter hoch gelegen. Wer es gefunden hat, weiß entweder schon über die Geschichte der NS-Verbrechen genauer Bescheid, oder hat sich das Wandern in der Toskana zum Ziel gesetzt.

Sant' Anna ist Schauplatz eines der zahlreichen Massaker in der deutschen Besatzungspolitik während des 2. Weltkriegs; fast vergessen in der Geschichte, erst in den letzten Jahren wieder ins Licht der Zeitgeschichte befördert.

Es war der Korrespondentin der „Süddeutschen Zeitung“, Christiane Kohl, zu verdanken, die mit einem längeren Bericht Ende 1999 dazu beitragen konnte, dass sowohl in Deutschland wie auch nachfolgend in Italien Sant' Anna als Gemeinde bekannt wurde, in der die 16. SS-Panzer Grenadierdivision „Reichsführer SS“ wütete.

Die vorliegende kleine Broschüre soll die Ereignisse ein wenig ins Licht rücken; insbesondere auch die bis heute fehlende Verfolgung der Taten, die zweifellos als Verbrechen an der

Menschlichkeit gewertet werden müssen, somit auch jeder opportunistischen Diskussion um Verjährung und Vergessen entzogen sind.

Die Notwendigkeit zum Erstellen einer Broschüre für den deutschsprachigen Raum ist gegeben; BesucherInnen des kleinen Museums in Sant' Anna wird allenfalls ein in deutscher Übersetzung vorliegender Text aus den frühen 90er Jahren in die Hand gedrückt, der sich auf ein Zeugnis des Monsignore G. Vangelisti bezieht. Die dortigen Schilderungen sind teilweise historisch überholt.

In der Literatur in Deutschland ist Sant' Anna bezeichnenderweise gar nicht präsent, allenfalls in Untersuchungen der Historiker, die sich mit den Verbrechen der Wehrmacht in Italien befassen.

Ausgehend von der zweisprachigen (Wander-)Ausstellung „Partigiani“, die von den Widerstandsinstituten in Reggio Emilia, Modena und Parma zusammengestellt worden ist, gab es im Juni 2001 in Freiburg eine Veranstaltung zu dem Massaker in Sant' Anna. Enio Mancini, der als Siebenjähriger dieses Verbrechen miterleben musste, und heute zusammen mit Enrico Pieri das Museum in Sant' Anna betreut, berichtete dabei auch von den neueren Untersuchungen, die die Militärstaatsanwaltschaft in La Spezia seit 1996 betreibt.

Die Veranstaltungsreihe in Freiburg fand auf dem Hintergrund der neuerlichen Berlusconi-Regierungsbildung statt, in der die Neofaschisten um Fini einige wichtige Positionen einnehmen.

Freiburg, Herbst 2001

Preis der Dokumentation (47 Seiten): 3 Euro. Impressum/Bestellung: In Piazza c/o M. Noussan, Langemarckstr. 90, 79100 Freiburg. E-Mail: chr.moeller@gmx.de. Kto-Nr. 361526 (W. Rosa), Volksbank Waldkirch, BLZ 680 924 00, „Italien“

Kirchplatz war ein riesiger Leichenhaufen, meinen Papa haben wir nur am orthopädischen Schuh wiedererkannt – da brach meine Mutter zusammen.“

Bei unseren Recherchen in den alliierten Akten sind wir auf weitere Namenslisten mit Tatverdächtigen gestoßen. Kein Staatsanwalt hat diese Männer bis heute identifiziert und zu den Vorwürfen vernommen. Kontraste hat die ehemaligen SS-Angehörigen aufgespürt und erstmals mit den Vorwürfen konfrontiert.

In Bayern treffen wir den ehemaligen SS-Schützen Franz Stockinger. In den Akten ist der Mann sehr präzise beschrieben, mit Haarfarbe, Statur und Augenfarbe.

Franz Stockinger:

Frage: „So ungefähr einssiebzig in der

Größe. Und dann steht hier unten, hat Frauen und Kinder ermordet und Häuser in Brand gesetzt.“ (Stockinger lacht) „Ach du liebe Zeit, ach du liebe Zeit, hahaha...“

Ein weiterer Verdächtiger auf der Liste – auch er soll Frauen und Kinder ermordet haben: Nach langer Recherche finden wir den ehemaligen SS-Gefreiten Piepenschneider, auch er streitet alles ab.

Albert Piepenschneider:

Frage: „Der Vorwurf, der Ihnen gemacht wird, ist, dass Sie in diesem Einsatz –“ „Da soll ich dageigewesen sein?“

Frage: „Da sollen Sie dageigewesen sein.“ „Niemaals, niemaals.“

Frage: „Und es wird Ihnen zur Last gelegt, im Rahmen dieses Einsatzes Frauen und Kinder erschossen zu haben.“ „Nein,

niemaals.“

In Italien ermittelt die Militärstaatsanwaltschaft von La Spezia seit 1996 gegen die Täter. Nach sechs Jahren Ermittlung wurde noch kein einziger Verdächtiger vernommen. Einziger Erfolg: die Namen der mutmaßlichen Täter kennt man inzwischen. Dazu der italienische Staatsanwalt Marco Coco: „Im Fall des Massakers von Sant’ Anna verfügen wir nunmehr über einen kleinen Kreis von Namen, die sehr wahrscheinlich an jenem Tag dabei waren. Wir wissen, dass sie heute noch am Leben sind, und wir wissen, wo sie leben.“

Damit steht der Fall Sant’ Anna nach 58 Jahren kurz vor der Anklageerhebung: Der ranghöchste Tatverdächtige ist der 80jährige Gerhard Sommer.“ •

An unsere Freunde in Europa

150 US-Wissenschaftler nehmen Stellung zum Appell der intellektuellen Kriegsbefürworter

Nach den monströsen Anschlägen vom 11. September 2001 erklärte US-Präsident George W. Bush einen zeitlich unbegrenzten „Krieg gegen den Terrorismus“. Der Krieg begann seine erste Etappe am 7. Oktober, als britische und US-amerikanische Kampfflugzeuge begannen Afghanistan zu bombardieren. Längst hat sich der Krieg auf weitere Schauplätze ausgedehnt: US-Militärs operieren auf den Philippinen, in Georgien, im Jemen und im Persischen Golf. Verbündete, darunter die Bundesrepublik Deutschland, assistieren den USA mit eigenen Truppenverbänden. Im Januar 2002 nahm Präsident Bush Nordkorea, Iran und Irak ins Visier: die „Achse des Bösen“, die Terroristen beherberge und Massenvernichtungswaffen herstelle. Wenig später wurde ein Strategiepapier aus dem Pentagon bekannt, wonach sich die USA in ihrem weltweiten „Kampf gegen den Terror“ sogar den Einsatz von Atomwaffen gegen Staaten vorbehalte, die selbst über keine Atomwaffen verfügen.

Lange Zeit hatte es den Anschein, als stehe die gesamte amerikanische Öffentlichkeit hinter ihrem Präsidenten und seinen Kriegen. Noch Mitte März publizierte eine Reihe zum Teil sehr angesehener Intellektueller (z.B. Francis Fukuyama, Samuel Huntington und Michael Walzer) einen Appell, worin sie ihre grundsätzliche Unterstützung für Bushs Kurs philosophisch und politisch begründen und dabei den längst für überholt geglaubten Begriff des „gerechten Kriegs“ wieder zum Leben erweckten. Dagegen meldete sich einen Monat später eine große Gruppe weiterer amerikanischer Intellektueller, unter ihnen der Schriftsteller Gore Vidal, der Historiker Howard Zinn, der Physiker Alan Sokal, der Katholische Bischof Thomas Gulabekian und die Ökonomen Edward Herman, Michael Perelman und Dean Baker,

in einem „offenen Brief“ zu Wort. Der Brief, den wir im Folgenden in einer nur leicht gekürzten Form dokumentieren ist an „unsere Freunde in Europa“ gerichtet und geht mit dem Antiterrorkampf der amerikanischen Regierung hart ins Gericht.

Ein Brief von US-Bürgern

An unsere Freunde in Europa

Vorbemerkung

Der größte Trugschluss der Apologeten der US-Kriegspolitik ist die Gleichsetzung der „amerikanischen Werte“, so wie sie in unserem Land verstanden werden, mit der Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland.

Nach den Selbstmordanschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 erklärte US-Präsident George W. Bush einen zeitlich unbegrenzten „Krieg gegen den Terrorismus“. Dieser Krieg kennt keine klaren Grenzen, weder räumlich, noch zeitlich, noch, was das Ausmaß an Zerstörung betrifft. Derzeit kann niemand vorhersagen, welches Land noch in den Verdacht geraten kann „Terroristen“ zu beherbergen oder zur „Achse des Bösen“ zu zählen. Die Ausrottung des „Bösen“ könnte viel länger dauern, als die Welt den dabei angewendeten Zerstörungskräften widerstehen kann. Schon jetzt setzt das Pentagon aus seinem immer perfekteren Arsenal des Schreckens Bomben ein, deren Auswirkungen einem Erdbeben gleichen, und zieht ganz offiziell den Einsatz von Nuklearwaffen in Betracht.

Die absehbare materielle Zerstörung geht ins Unermessliche. Dasselbe gilt für die menschlichen Verluste, nicht nur an

Leben, sondern auch im Hinblick auf die Verzweiflung und den Hass von Millionen Menschen, die hilflos zusehen müssen, wie ihre Welt von den Vereinigten Staaten verwüstet wird, einem Land, das seine moralische Autorität für ebenso absolut und unanfechtbar hält wie seine militärische Macht.

Als Bürger der Vereinigten Staaten tragen wir eine besondere Verantwortung, uns dem Wahnsinn dieser kriegerischen Entwicklung zu widersetzen. Eine besondere Verantwortung fällt aber auch Ihnen als Europäer zu. Denn die meisten europäischen Staaten sind im Rahmen der NATO mit den USA militärisch verbündet. Die Vereinigten Staaten behaupten, der Krieg diene der Selbstverteidigung, aber zugleich auch, er werde zum Schutz der „Interessen ihrer Verbündeten und Freunde“ geführt. Ihre Länder werden zwangsläufig in die militärischen Abenteuer der USA hineingezogen werden. Auch Ihre Zukunft ist in Gefahr!

Viele informierte Menschen innerhalb wie außerhalb der europäischen Regierungen sind sich der des gefährlichen Irrsinns der von der Bush-Administration eingeschlagenen Kriegspolitik bewusst. Aber nur wenige haben den Mut, dies auch ehrlich auszusprechen. Sie lassen sich von den möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen „Freunde“ und „Verbündete“ einschüchtern, die ihre bedingungslose Unterstützung aufkündigen. Außerdem haben sie haben Angst davor, als „anti-amerikanisch“ zu gelten, letzteres eine Bezeichnung, mit der absurderweise auch US-Amerikaner gebrandmarkt werden, die die Kriegspolitik kritisieren und deren Protest durch die chauvinistische Hetze unterdrückt wird, die einen Großteil der US-Medien beherrscht. Rationale und offen vorgetragene europäische Kritik an der Politik der Bush-Administration könnte dazu

beitragen, den gegen den Krieg eingestellten Amerikanern im eigenen Land Gehör zu verschaffen.

Die Verherrlichung der Macht ist vielleicht die älteste Berufung der Dichter und Schriftsteller dieser Welt. Als stärkste Weltmacht ziehen die Vereinigten Staaten natürlich besonders viele Schmeichler an, die die politischen Führer der des Landes dazu drängen, in der Anwendung militärischer Mittel immer weiter zu gehen, um einer widerstrebenden Welt Tugend einzubläuen. Das Thema ist uralt und immer gleich: die große Güte der Mächtigen soll den Machtlosen mit Gewalt aufgezwungen werden.

Der größte Trugschluss der Apologeten der US-Kriegspolitik ist die Gleichsetzung der „amerikanischen Werte“, so wie sie in unserem Land verstanden werden, mit der Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland. Selbstverherrlichung ist ein berühmtes Wesensmerkmal der US-amerikanischen Kultur, das in einer Einwanderungsgesellschaft eine nützliche Rolle bei der Assimilierung neuer Bürger spielen mag. Aber leider hat der 11. September hier zu beispiellosen Extremen geführt. Das hat zur Folge, dass die unter US-Bürgern weitverbreitete Illusion verstärkt wird, die ganze Welt orientiere sich voll Bewunderung oder Neid an den Vereinigten Staaten fixiert, so wie diese sich selbst sehen: als wohlhabend, demokratisch, großzügig, gastfreundlich und offen für alle Rassen und Religionen, als Inbegriff universeller menschlicher Werte und letzte und beste Hoffnung der Menschheit.

In diesem ideologischen Kontext gibt es auf die nach dem 11. September gestellte Frage: „Warum hassen sie uns?“ nur eine Antwort: „Weil wir so großartig sind!“ Oder entsprechend der allgemein verbreiteten Behauptung: Sie hassen uns wegen „unserer Werte“. Die meisten US-Bürger haben keine Ahnung, dass die Außenpolitik der USA nichts mit den bei uns so gefeierten „Werten“ zu tun hat, sondern im Gegenteil oftmals dazu dient, Menschen in anderen Ländern die Möglichkeit vorzuenthalten, diese „Werte“ ebenfalls zu genießen, sollten sie einmal den Versuch unternehmen, dies zu tun. Die Machtpolitik der USA hat in Lateinamerika, Afrika und Asien meist dazu gedient, die Überbleibsel der Kolonialherrschaft und verhasste Diktatoren an der Macht zu halten, für die Wirtschaft dieser Länder verheerende wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen aufzuzwingen, repressive Militärkräfte zu unterstützen, unabhängige Regierungen zu stürzen oder durch Sanktionen in den Würgegriff zu nehmen, und als letztes Mittel Bomben und Raketen gegen sie loszuschicken, die Tod und Verderben auf sie herab regnen lassen.

Das „Recht auf Selbstverteidigung“

a. Wessen Recht?

Die Vereinigten Staaten fühlen sich seit

dem 11. September einem Angriff ausgesetzt. Daraus schließt die Regierung auf ein „Recht auf Selbstverteidigung“ und meint nun, ohne Schuld nachweis oder rechtliche Prozedur Krieg nach ihren Bedingungen und eigener Wahl gegen jedes Land führen zu können, das sie als Feind bezeichnen.

Dieses „Recht auf Selbstverteidigung“ galt natürlich nie für Länder wie Vietnam, Laos, Kambodscha, Libyen, Sudan oder Jugoslawien, wenn diese von den USA bombardiert wurden. Dies ist eben das Recht des Stärksten, das Gesetz des Dschungels. Die Ausübung eines „Rechts“, das allen anderen verwehrt wird, kann niemals „universellen Werten“ dienen, sondern untergräbt in Wirklichkeit jeden Begriff einer Weltordnung, die auf universellen Rechten beruht und allen gleichermaßen den Anspruch auf rechtliche Mittel zugesteht.

Ein „Recht“, das nur von einem – dem Stärksten – beansprucht werden kann, ist kein Recht sondern ein Privileg zum Nachteil der Rechte anderer.

b. Wie wollen die Vereinigten Staaten sich „verteidigen“?

Die Vereinigten Staaten haben, angeblich zur „Selbstverteidigung“, einen Krieg gegen Afghanistan begonnen. Das war keine spezifisch Reaktion auf die beispiellosen Ereignisse vom 11. September. Im Gegenteil, es war genau das, was die Vereinigten Staaten, wie Dokumente aus dem Pentagon belegen, schon vorher in Gang gesetzt und geplant hatten: die Bombardierung anderer Länder und der Einsatz von Militärkräften auf fremdem Boden zum Sturz der jeweiligen Regierungen. Die Vereinigten Staaten planen ganz offen einen allumfassenden – selbst den Einsatz von Nuklearwaffen in Betracht ziehenden – Krieg gegen den Irak, ein Land, das sie seit über zehn Jahren immer wieder mit dem erklärten Ziel bombardiert haben, die dortige Regierung durch von Washington ausgewählte Führer zu ersetzen.

c. Was genau wird „verteidigt“?

Was verteidigt wird, hat etwas mit dem zu tun, was angegriffen wurde. „Verteidigung“ bedeutet im normalerweise die Verteidigung des nationalen Territoriums. Und tatsächlich fand am 11. September ein Angriff auf und gegen US-Territorium statt. Es war kein konventioneller Angriff seitens eines mächtigen Staats, um Land zu erobern, sondern ein anonymer Anschlag auf bestimmte, zur Zielscheibe erkorene Institutionen. Da sich niemand zu den Anschlägen erkannt hat, sollte der Symbolcharakter der Ziele vermutlich für sich selbst sprechen. Das World Trade Center symbolisiert die globale wirtschaftliche, das Pentagon die militärische Macht der USA. Demnach ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Anschläge vom 11. September sich symbolisch gegen „amerikanische Werte“ gerichtet haben, wie sie in den Vereinigten

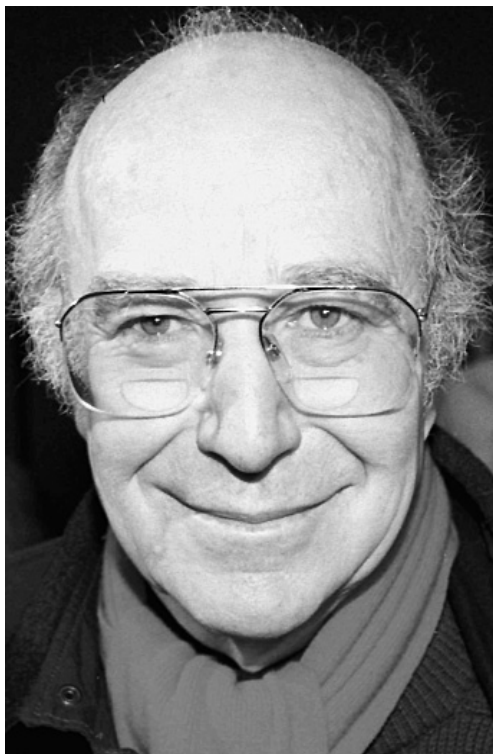
Staaten gefeiert werden.

Statt dessen scheint die wirtschaftliche und militärische Macht der USA, so wie sie sich im Ausland darstellt, das wahre Ziel der Anschläge gewesen zu sein. Berichten zufolge waren 15 der 19 identifizierten Flugzeugentführer Saudi-Araber, die der Präsenz von US-Militärbasen auf saudischem Boden feindlich gegenüberstehen. Die Ereignisse des 11. September legen den Schluss nahe, dass die Nation, die andere Länder so stark ihre Macht spüren lässt, selbst im Inneren verwundbar ist. Aber die wirkliche Frage ist die der US-Interventionen im Ausland. Tatsächlich verfolgen die Kriege Bushs genau die Absicht, die US-Macht im Ausland zu behaupten und zu stärken. In diesen Kriegen wird die weltweite Projektion der Macht der USA verteidigt, nicht die Freiheit der Amerikaner und ihr Lebensstil.

In Wirklichkeit schwächen Kriege im Ausland die von den US-Bürgern geschätzten Werte, statt sie zu verteidigen oder gar auszubreiten. Aber Regierungen, die Aggressionskriege führen, werben immer um Unterstützung, indem sie die Bürger davon überzeugen versuchen, dass der Krieg notwendig ist, um edle Ideale zu verteidigen oder zu verbreiten. Der Hauptunterschied zwischen den imperialen Kriegen der Vergangenheit und dem globalen Machstreben der Vereinigten Staaten heute liegt in der um ein Vielfaches größeren Zerstörungskraft, die nun zur Verfügung steht. Das Missverhältnis zwischen der materiellen Zerstörungskraft und der konstruktiven Kraft menschlicher Weisheit war noch nie so groß und gefährlich. Die Intellektuellen können wählen, ob sie sich dem Chor jener anschließen möchten, die die brutale Anwendung von Macht verherrlichen, indem sie ihr „geistige Werte“ andichten, oder ob sie die schwierigere und wichtigere Aufgabe übernehmen wollen, die arrogante Torheit der Mächtigen zu entlarven und mit der gesamten Menschheit zusammenzuwirken, um Wege einem vernünftigen Dialog, gerechten wirtschaftlichen Beziehungen und Gerechtigkeit für alle zu finden.

Das Recht auf Selbstverteidigung muss ein kollektives Menschenrecht sein. Die Menschheit als Ganzes hat das Recht, ihr eigenes Überleben gegen die „Selbstverteidigung“ einer keinen Beschränkungen unterworfenen Supermacht zu verteidigen. Seit einem halben Jahrhundert haben die Vereinigten Staaten wiederholt ihre Gleichgültigkeit gegenüber Tod und Zerstörung demonstriert, die ihre eigenmächtigen Bemühungen zur Weltverbesserung stets begleitet haben. In unseren reichen Ländern können wir nur durch unsere Solidarität mit den Opfern der Militärmacht der USA jene universellen Werte verteidigen, von denen wir behaupten, dass sie uns so lieb und teuer sind.

Quelle: www.friedensratschlag.de



Zum Tod von Dr. Klaus Croissant,

**Verteidiger von Gefangenen aus RAF und
Widerstand**

Klaus Croissant starb am 28. März 2002, 71 Jahre alt. Die relativ breite Streuung der Todesmeldung in den Medien war ein Echo der gesellschaftlichen Bedeutung, die seine Beteiligung am Kampf gegen die Vernichtungshaft in den Jahren nach 1971 erreicht hatte. Auch wenn es zuletzt um ihn sehr still geworden war und ihm schon vor Jahren ein Schlaganfall die Sprache genommen hatte, für viele von uns, die nach 1968 gegen die imperialistischen Projekte von USA und BRD Widerstand geleistet haben, bleibt er darin als Mitkämpfer unvergessen.

Seit den persönlichen Erlebnissen in der Jugendzeit – er war 14, als die Truppen der Anti-Hitler-Koalition den verbrecherischen Krieg der deutschen Bourgeoisie beendeten – und in den frühen Fünfzigern mit ihren alten Nazis in Politik und Staatsapparat, mit KPD-Verbot und Wiederbewaffnung war er sich immer des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus bewusst. In diesem Zusammenhang erkannte er sehr früh das strategische Gewicht, das die bewaffnete Intervention der RAF gegen die innen- und außenpolitische Funktion der BRD im US-Imperialismus hatte. Begriff er von daher genauer als ein großer Teil der Linken den Sprung der BRD in die „Anti-Terror“-Bekämpfung nicht als „Überreaktion“, sondern als Reaktion der Klasse aufgrund ihrer immensen Erfahrungen in der Vernichtung antikapitalistischer Kräfte, über die sie seit der

Weimarer Republik und ihrem Griff zum Faschismus 1933 verfügt. Wie für viele andere war der Angriff der RAF auch für ihn eine starke Ermunterung zum Widerstand auf der eigenen Ebene gegen den imperialistischen Staat. Wie er selbst in seiner Prozesserklärung 1978 sagte, begann er seine Arbeit als Verteidiger in politischen Strafsachen in den Prozessen, die nach 1967/68 wegen sog. Demonstrationsdelikte massenhaft gegen Schüler, Lehrlinge und Studenten durchgezogen wurden. Diese Demonstrationen gegen die Große Koalition und ihre Notstandsgesetze, gegen den Vietnamkrieg und seine Unterstützung durch die BRD waren keine Latsch-Demos gewesen.

In dieser ersten Bekanntschaft mit der repressiven Reaktion der Justiz auf die Steine gegen Amerikahäuser und Blockaden der Springer-Zeitungen wurde ihm klar, dass politische Verteidigung bedeutete, an der Seite der Angeklagten genau die Politik anzugreifen, gegen die sich die Demonstrationen gerichtet hatten. Über diese Prozesse lernte er andere Anwälte kennen, die dieselben Erfahrungen hinter sich hatten. Es war dann für ihn ab 1971 selbstverständlich, Mandate von Gefangenen aus der RAF zu übernehmen.

Aber bevor noch die Anwälte die prozessuale Verteidigung organisieren konnten, mussten sie die Gesundheit, ja das Leben ihrer Mandanten verteidigen. Von Anfang an wurden die Gefangenen vom normalen Gefängnisleben total isoliert, vor allem von jedem Kontakt zu anderen Gefangenen. Das Isolationsprogramm – später zu einem 24-Punkte-Statut ausgefeilt – wurde bei einigen Gefangenen bis zur akustischen Isolation ausgeweitet. Dieses umfassende Programm war nach Ergebnissen der psychologischen Forschung (auch in der BRD) konditioniert und gilt international als Folter. Gegen die Vernichtungshaft wehrten sich die Gefangenen mit Hungerstreiks. Beim ersten im Februar 1973 machten K.C. und andere Verteidiger in Robe vor dem BGH einen eigenen, viertägigen Hungerstreik, um das Schweigen der Medien zu durchbrechen. Um authentische Informationen über die Haftbedingungen durchzusetzen und so Schutz zu schaffen, schlossen sich in der Folgezeit die Angehörigen zu einer Gruppe zusammen, gründeten sich Komitees gegen die Folter in der BRD und bildete K.C. zusammen mit Anwälten aus westeuropäischen Staaten das Internationale Verteidigungskomitee (IVK). Weitere kollektive Hungerstreiks folgten bis 1989. Im dritten 1974/75 starb Holger Meins an vernachlässigter Vorsorge. K.C. und andere Verteidiger erhoben sofort den öffentlichen Vorwurf des Mordes und durchkreuzten damit den Versuch des Staatsapparates, den Tod als „selbstverschuldet“ darzustellen. Es ist dem Wider-

stand der Gefangenen und den Anstrengungen der Angehörigen, der Komitees und der Verteidiger nicht gelungen, den Vollzug der Isolationshaft zu stoppen. Aber der jahrelange Widerstand vermittelte öffentlich einen ungeschminkten Begriff von der BRD und ihrer Funktion in West-Europa, der bis heute das Verhältnis zu diesem Staat im In- und Ausland mitbestimmt.

Um den Hauptprozess gegen die RAF in Stammheim durchziehen zu können, wurden zusätzlich zu der fast täglich publizierten Vorverurteilung Sondergesetze u.a. für den Verteidigerausschluss verabschiedet, ein besonderes Gerichtsgebäude gebaut, der gesetzliche Richter ausgetauscht und vor Urteil schon der Isolationsstrakt in Bruchsal für das Lebenslänglich eingerichtet. Der Ausschluss von dem Prozess wurde kurz vor Prozessbeginn gegen Klaus Croissant, Kurz Groenewold und Christian Stroebele vollzogen. Zur propagandistischen Rechtfertigung des Ausschlusses wurden K.C. und Chr. Stroebele nach Prozessbeginn für zwei bzw. einen Monat inhaftiert. Klaus ließ sich nicht einschüchtern, sondern betrieb jetzt die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt weiter. Das war besonders wichtig am 8. Mai 1976, als Ulrike Meinhof in der Zelle tot aufgefunden wurde. Er trat sofort auf einer Pressekonferenz mit ausländischen Anwälten der staatlichen Selbstmordversion entgegen. 1977 räumte dann der Staat sein Büro ab. Nach jeder Aktion der RAF in jenem Sommer marschierte die Bundesanwaltschaft in das Anwaltsbüro in Stuttgart ein, bis dann zuletzt die beiden Bürokollegen von K.C. verhaftet wurden. Im Juli hatte K.C. in Paris um Asyl gebeten unter der Bedrohung einer erneuten Verhaftung. Noch einmal gelang es ihm, für kurze Zeit wenigstens, politische Widersprüche zwischen Frankreich und der BRD in Bewegung zu bringen gegen die BRD. Letztlich konnte Frankreich ihn in der weltweit wirksamen Konstellation der Schleyer-Entführung nicht schützen. Er wurde noch im September 1977 ausgeliefert und 1978 zu 2½ Jahren Knast verurteilt.

Seine Kontakte nach Beendigung der Haft dann in den Achtzigern zu AL, zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR und zur PDS waren Versuche, auf neue politische Ebenen zu kommen, nachdem er die alten verlassen musste. In der Tätigkeit für das MfS hat K.C. aber auch Arbeiten ausgeführt, die unerträglich sind und zu den Schattenseiten seines Lebens gehören. Doch es bleibt auch dieses: Für Klaus Croissant war die Verteidigung des Lebens der Gefangenen und einer rechtsstaatlichen Verteidigungspraxis Sache seines eigenen Lebens, für die er seine bürgerliche Existenz gab ohne Rücksicht auf Wohlergehen oder gar Geld. Hier setzte er Maßstäbe, die es wert sind, nicht vergessen zu werden.

Arndt Müller

Quelle: Angehörigen-Info



STICHWORT BAYER

**Widerstand gegen
Konzernmacht. Konkret,
spannend, international.**

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

9. – 12. Mai, Frankfurt/Main: „Tatort Globalisierung: Internationalismus nach Seattle, Genua und dem 11. September“ 25. Bundeskongress der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus)

19. bis 26. Mai, Athen: Konferenz des Europäischen Friedensforums: *Für eine europäische Friedensordnung – Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO* (Arbeitstitel)

22./23. Mai, Berlin und bundesweit: *Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident ...* Anlässlich des Deutschlandbesuchs von US-Präsident Bush am 22. und 23. Mai 2002 ruft die Friedensbewegung zu Demonstrationen und Kundgebungen im ganzen Land auf. Eine Grossdemonstration in Berlin ist in Vorbereitung.

24./25. Mai, Köln: *Kommen und bleiben – Migration und interkulturelles Leben in Deutschland.* Eine Konferenz der RL-Stiftung

27.–31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

8. Juni, Frankfurt: *Alternativen braucht das Land – Opposition gegen falsche Politik.* Frankfurt a.M., Fachhochschule, Nibelungenplatz 1, Konferenz der Initiative für einen Politikwechsel zur Bilanz der Regierungspolitik und Alternativen, u.a. mit Norman Paech, Arno Klönne, Karl Georg Zinn, Peter Strutyński, Richard Detje, Brigitte Stolz-Willig, Wolfram Burkhardt, Daniel Kreutz, Oliver Moldenhauer, Joachim Spangenberg

16.–18. Juni, Frankfurt/M.: *CDU-Parteitag*

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: *4. Europäischer Kongress für Friedenserziehung.* Veranstalter: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden. Das Motto lautet: „Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ In Friedenswerkstätten, Workshops, Diskussionsrunden und Ausstellungen werden sich die Teilnehmer/innen damit beschäftigen, was in den Bildungsstätten der europäischen Länder gegen den Krieg und gegen die Bereitschaft, politische Konflikte mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, getan werden kann.

25.–28. Juli: *Linke Sommerschule,* Termin bitte vormerken

30. August bis 1. September: *Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“.* Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

6./7. September, Bochum: Internationale Rosa-Luxemburg-Ta-gung. Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: *Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges*, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

22. September: *Bundestagswahlen;* Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern

5. Mai: „Gleichstellung – aber richtig!“

Unter dem Motto setzt sich am diesjährigen Europäischen Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen um den 5. Mai herum ein breites Bündnis von Behindertenorganisationen mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen für die Verabschiedung und konsequente Umsetzung von Gleichstellungsbestimmungen ein. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Verabschiedung und Umsetzung von Beschlüssen für barrierefreie Städte und Gemeinden gelegt werden.